

Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution

Johanna Meyer-Lenz

1. Das »Script« der Revolution nach Friedrich (»Fritz«) Wolffheim

1.1 Der große Volksumzug zu Beginn der Revolution in Hamburg am 6. November 1918: Reproduktion des Originals von Friedrich (»Fritz«) Wolffheim (1888-1942)

Dieser klassische Text des großen Volksumzuges der Hamburgerinnen und Hamburger in Hamburg am 6. November 1918 von Fritz Wolffheim erschien am 15. November 1921 in der von Heinrich Laufenberg herausgegebenen Zeitschrift »Hamburger Volkswart« in der Nummer sieben des ersten Jahrgangs auf den Seiten zwei bis sechs.¹ Der dort zweispaltig gedruckte Text wird hier einspaltig wiedergegeben. Die Originalschreibweise, d.h. Orthografie, Groß- und Kleinschreibung und Zeichensetzung im Text, wird beibehalten. Die Seitenzahl ist jeweils vor Beginn der Seite in Klammern hinzugefügt. Durch Fettdruck oder Unterstreichungen hervorgehobene Passagen im gedruckten Originaltext werden hier beibehalten. Ullrich Bauche hat diesen Text in seinem Vortrag persönlich vor dem Auditorium vorgelesen.² Er wollte damit das herausragende Narrativ der Ereignisse in das historische Gedächtnis zurückrufen, festgehalten von einem Zeitzeugen, der sich auf die Seite der Gegner der Kriegskredite gestellt hatte und bereits früh Anschluss an die Linksradiكالen suchte. In seinem Narrativ folgt Wolffheim dem Script der großen liberalen demokratischen Revolutionen in Berlin und Wien von 1848.³

1 Wolffheim, Friedrich (»Fritz«): »Der 6. November 1918«, in: Hamburger Volkswart, 1. Jahrgang, Nr. 7 (1921), S. 2- 6. Den Hinweis auf diesen Text verdanken wir Ullrich Bauche.

2 Der Vortrag von Ullrich Bauche, gehalten am 19.12.2018 im Museum für Hamburgische Geschichte, ist erschienen. Vgl. Bauche, Ullrich: »Jüdische Aktivisten in der Revolution 1918/19 in allen drei Fraktionen der politischen Arbeiterbewegung Hamburg«, in: Bönig, Jürgen/Bornholdt, Rolf/Wiedey, Wolfgang: Ullrich Bauche. Genau hinsehen, Hamburg 2019, S. 257-266.

3 Friedrich (»Fritz«) Wilhelm Wolffheim, geb. 30.10.1888 in Berlin, verhaftet 1.9.1939, zunächst Konzentrationslager Fuhlsbüttel, ab 8.9.1939 KZ Sachsenhausen und ab Ende August 1941 KZ Ravensbrück, durch Giftgas ermordet in der Tötungsanstalt Bernburg am 17.3.1942. https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&BIO_ID=3055&VIEW=PRINT, abgerufen am 18. 2.2021; der Text des Stolpersteins lautet: »FRIEDRICH »FRITZ« WOLFFHEIM : 1888 Friedrich-Ebert-Damm 49 (Wandsbek) HIER WOHNTE DR. FRIEDRICH »FRITZ« WOLFFHEIM JG. 1888 VERHAFTET 1939 KZ

1.2 Zur Vorgeschichte

Den Anfang der Protestbewegung läuteten am 5. November Mitglieder der USPD ein, die auf Mitgliederversammlungen der Gewerkschaftsorganisationen der Werftarbeiter, wo die USPD besonders stark vertreten war, ein schnelles Handeln für den Umsturz in Hamburg forderten.⁴ Während es bereits im gesamten Tagesverlauf des 5. November in Hamburg Versammlungen aus der Arbeiterschaft gab und diese auf Zurückhaltung der SPD und der Gewerkschaften stießen, hielt die USPD unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann (1874-1954) am Abend eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, welche sich – verstärkt durch am Hamburger Hauptbahnhof versammelten Matrosen und Soldaten – mehr und mehr von der Begeisterung für die revolutionäre Bewegung getragen zu einer revolutionären Erhebung entwickelte.⁵ Von dieser Versammlung ging die zündende Wirkung für die Besetzung der Stadt durch bewaffnete Matrosen und Soldaten aus. Am Morgen des 6. November war die Stadt praktisch in der Hand der bewaffneten Matrosen und Soldaten. Die Vereinigung der verschiedenen »unrest groups«⁶ in Hamburg, USPD und radikale Linke, verstärkt durch die revolutionären Matrosen und Soldaten, nutzte das große Unzufriedenheitspotential in der Bevölkerung, die großen Entbehrungen und Hungererfahrungen angesichts des sich dahinschleppenden Krieges. Der erste provisorische Arbeiterrat vom 6. November umfasste ausschließlich USPD-Mitglieder. Am 12. November 1918 wurde der Linksradikale Heinrich Laufenberg zum Vorsitzenden des provisorischen AuSRs Hamburg-Altona gewählt. Mit ihren Protesten entwickelten die »unrest groups« in den ersten Tagen der Revolution in Hamburg eine starke Initiativkraft, um die alten Machtstrukturen beiseitezuschieben, Senat und Bürgerschaft zu entmachten und den Umbau von Staat und Gesellschaft, gestützt durch massenhafte Demonstrationen der Öffentlichkeit, in Angriff zu nehmen.⁷

FUHLSBÜTTEL DEPORTIERT 1939 SACHSENHAUSEN RAVENSBRÜCK ERMORDET 17.3.1942 ›HEIL-ANSTALT‹ BERNBURG«. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Wolffheim u. www.dasjuedisch-hamburg.de/inhalt/wolffheim-fritzm, abgerufen am 19.9.2021. Vgl. Stalman (2013): Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 33, Anm. 91.

- 4 Hier sei auf den Übergang vom Aufstand der Matrosen in Wilhelmshaven gegen das Auslaufen der Hochseeflotte in die Revolution in Kiel am 4. November 1918 verwiesen. Aus der anfänglichen Meuterei entwickelte sich eine revolutionäre Konfliktkonstellation mit den Konfliktparteien auf der Seite der politischen »alten« Macht, vertreten durch die Admiralität und den Stadtkommandanten in Kiel und – auf der anderen Seite – die bewaffneten aufständischen Matrosen, Soldaten und Arbeiter der Arbeiterbewegung, aus denen die Kieler Arbeiter- und Soldatenräte hervorgingen. Vgl. dazu Kinzler, Sonja/Tillmann Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018 [<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/mgzs-2021-0076/html>, abgerufen am 9.9.2021].
- 5 Viele Mitglieder der Linken, insbesondere die Parteiführer wie in Hamburg Paul Dittmann (1875-1919) oder Heinrich Laufenberg (1872-1932) waren gerade aus der Haft oder dem Militär entlassen.
- 6 Zu den »unrest groups« vgl. w.u. Meyer-Lenz, Johanna: »Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution«, S. 71-83.
- 7 Zur sehr differenzierten Schilderung der Ereignisse vgl. Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Revolution 1918/19, 2 Bände, Hamburg 1976, Band1, S. 614-650.

Die Versammlung auf dem Heiligengeistfeld und der anschließende Marsch über die Reeperbahn zur Palmaille, zur Generalkommandantur und daraufhin nach Altona bilden die erste große Erscheinung der Massen am Tage der Revolution selbst.⁸

1.3 Friedrich (>Fritz<) Wolffheim: Der 6. November 1918

I.

Seit Anfang Oktober in Berlin eine Konferenz aller revolutionären Gruppen in London stattgefunden hatte, war ihre Propaganda systematisch unter dem Gesichtswinkel betrieben worden, daß der staatliche Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs nahe bevorstünde und daß deshalb alle Kräfte auf den kommenden Aufstand zu konzentrieren seien. Wenige Wochen später begann mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und der Aufrichtung der Arbeiter- und Soldatenträte in Wien die **deutsche Revolution**. Im Reiche selbst saß inzwischen die Regierung des Prinzen Max von Baden, in der Herr Scheidemann die Aufgabe hatte, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse so fest als möglich mit dem Interesse der Hohenzollerschen Dynastie zu verknüpfen. Es bedarf infolgedessen keiner Versicherung, daß die **sozialdemokratische Partei Deutschlands** die sich ankündigende Revolution nicht wünschte, daß sie vielmehr bereit war, sie, sofern sie dazu in der Lage war, im Keime zu ersticken, und daß infolgedessen für die revolutionäre Bewegung alles darauf ankam, die Sozialdemokratie vor **vollendete Tatsachen** zu stellen, deren Wirkung sie sich weder entziehen konnte, noch die sie rückgängig zu machen in der Lage war.

Es ist bekannt, daß den ersten Anlaß zur Erhebung der Befehl an die Flotte zum Auslaufen gegen die englische Küste gab. Schon am 3. November entspannen sich in **Kiel** große Gefechte zwischen Matrosen, die sich weigerten, auf die Schiffe zurückzukehren, und Militärpatrouillen, die den Auftrag hatten, den Widerstand der Mannschaften gewaltsam aus dem Wege zu räumen. Am 4. November zerbrach nach **heftigen Gefechten** in Kiel die Autorität der Militärgewalt. **Matrosen- und Soldatenträte** entstanden, auf den Schiffen wurde die rote Fahne gehißt, die Arbeiterschaft trat in einer Unterstützungsbewegung ein. Während von allen Garnisonen Schleswig-Holsteins Mannschaften zur Niederwerfung der Revolte herangezogen wurden, begab sich von Berlin Herr Noske nach Kiel, um für das kaiserliche Regiment zu retten, was zu retten war. Aber die Bewegung war weit davon entfernt, sich auf eine lokale Matrosenrevolte zu beschränken. Dem Zusammenbruch des imperialistischen Staatensystems, das sich um Deutschland gruppiert hatte, mußte der Zusammenbruch der inneren Staatsgewalt in den einzelnen Ländern folgen, und schon war allgemein unter den Truppen die militärische Autorität zu stark erschüttert, als daß sich Mannschaften zu einem ernsthaften Kampf gegen den Aufstand in Kiel hätten bereit finden lassen. So gaben alle gegen Kiel entsandten Kontingente den Aufforderungen der revolutionären Matrosen und Soldaten zufolge die Waffen ab und kehrten in ihre Garnisonen zurück, wo in den nächsten Tagen die militärische Autorität gleichfalls zusammensank.

In **Hamburg** hatte schon seit den Waffenstillstandsverhandlungen die Stimmung auf den Werften für die kaiserliche Regierung bedrohliche Formen angenommen. Als

8 Das folgende Kapitel enthält die Wiedergabe des Originaltextes (Abschrift).

am 3. November Arbeiter aus Kiel Gerüchte mitbrachten, daß in den Straßen dieser Stadt Gefechte stattfänden, bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine gewaltige Erregung. Am folgenden Tage, als die Presse die Nachricht bestätigte, wurde auf der **Vulkanwerft** schon für die Stilllegung des Betriebes Propaganda gemacht. Tags darauf kam es auf der gleichen Werft zu tumultuarischen Auftritten, die der Regierung so gefährlich erschienen, daß militärische Maßnahmen gegen die Werften beraten wurden. Wiederum erschien die sozialdemokratische Partei als das geeignete Organ zur Niederhaltung der drohenden Revolution, und so konnte um 12 Uhr der Distriktskommissar Zufall seiner Behörde berichten, daß **Stubbe, Stolten und Hense** zum Generalkommando berufen seien, während am gleichen Tage **Herr Koch**, der damalige Ortsleiter des Metallarbeiterverbandes, Beratungen mit den Eisenindustriellen wegen der Arbeitsmöglichkeit infolge Demobilmachung abhielt.

Inzwischen setzte sich seitens der Vulkanwerft eine Delegation von Arbeitern mit dem Gewerkschaftshause in Verbindung, um zu erfahren, wie sich die Herrschaften dort die weitere Entwicklung vorstellten. **Herr Richter** vom Metallarbeiterverband tat am Telefon, als wenn er von der ganzen Bewegung nichts wisse und ersuchte um Aufklärung. Als er auf die Presse (S. 3) verwiesen wurde, bemerkte dieser edle Sachwalter der Arbeiterklasse, er hätte soeben vom Generalkommando den Bescheid erhalten, daß die Behörde davon unterrichtet wäre, daß auf den Werften alles drunter und drüber ginge. Es sollten die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden, um die Unruhen zu dämpfen. Eine von der Delegation zu 3 Uhr nachmittags einzuberufende Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung wurde abgelehnt. Als diese Versammlung dann dennoch zustande gebracht wurde dadurch, daß die Arbeiterdelegation von Betrieb zu Betrieb ging, um die Delegierten zu bestellen, hatten sich zu dieser Sitzung auch die Herren **Hense, Große, Richter und Stubbe** eingefunden. Vermutlich empfanden sie das Bedürfnis, im Einklang mit den ihnen im Generalkommando gewordenen Anweisungen sowie in Unterstützung der von ihren Freunden **Scheidemann** und **Noske** betriebenen konterrevolutionären Politik für die Einseifung der Arbeiterschaft von Hamburg zu tun, was in ihren Kräften stand. Die Herren verhielten sich zunächst ablehnend, bekannten sich aber ausdrücklich zur Tendenz des **Hamburger Echo**, das noch wenige Tage vorher in der pöbelhaftesten Form linksradikale Genossen beschimpft hatte, weil sie »**anonym zum Aufstand hetzten**«. Herr Große verkündete die für einen angehenden Revolutionsgewinnler immerhin eigenartige Weisheit, daß »**unter den jetzigen Umständen, wo der Feind vor der Tür stehe, die Revolution eine Idee aus dem Tollhause sei**«.

Noch während der Versammlung wurde bekannt, daß entgegen der ursprünglichen Verweigerung der von den Vulkanarbeitern geforderten Delegiertenversammlung das Gewerkschaftskartell zu 5 Uhr dennoch eine **offizielle Sitzung der Delegierten und Vertrauensleute für ganz Hamburg** einberufen [hatte], die dann auch pünktlich im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eröffnet wurde. Den Vorsitz führte Herr Hense. Vertreter der Vulkanwerft gaben die Erklärung ab, daß die Arbeitermassen nicht mehr zu halten seien, worauf Herr Hense plötzlich offenbarte, daß das Kartell sich an die Spitze der Bewegung stellen wolle; er machte aber zur Bedingung, daß nichts unternommen werden dürfe, bevor eine neue, durch die Presse zu berufende Versammlung sämtlicher Delegierten und Vertrauensleute von Hamburg-Altona Stellung genommen habe. Die Absicht ging dahin, den für den nächsten Tag drohenden Streik, der von den Arbeitern

als Sympathiestreik für die revolutionäre Marine gedacht war, unter allen Umständen zu verhindern. Daß dieser saubere Plan scheiterte, ist ein Verdienst der unabhängigen sozialdemokratischen Partei; deren anwesende Delegierte erklärten, daß am gleichen Tag eine öffentliche Volksversammlung mit dem Abgeordneten Dittmann als Redner stattfinde und daß in dieser Versammlung der Sympathiestreik unter allen Umständen beschlossen werden würde. Kurz vor Schluß der Versammlung, die die Vertreter der U.S.P. verlassen hatten, – Linksradikale waren nicht da, weil sie im Zuchthause oder im Gefängnis saßen, soweit sie nicht Soldaten waren – erschien plötzlich der famose Ortsleiter des Metallarbeiterverbandes, Herr **Koch**, wie üblich im angetrunkenen Zustande, auf der Bildfläche, um gegen den Streik zu hetzen und eine »große Sache« anzukündigen. Es werde eine **Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer- mit den Arbeitnehmerverbänden** hergestellt werden und diese dürfe man doch nicht stören. Herr Hense ärgerte sich über die Tölpelhaftigkeit seines Kollegen, packte ihn am Arme und zerrte ihn hinter die Bühne. Nach kurzer Zeit erschienen sie wieder und waren gute Freunde. Herr Koch hatte offenbar begriffen, daß es nicht klug war, solch große Sachen vorzeitig auszuplauschen.

Bevor die Versammlung auseinander ging, erschienen einige **Matrosen als Abgesandte aus Kiel**. Sie baten die Arbeiterschaft von Hamburg, sie nicht im Stich zu lassen, denn ohne Hamburg sei Kiel verloren. Die anwesenden Bonzen stellten sich taub; Herr Stubbe zuckte mit den Achseln und ging fort.

Inzwischen waren in Hamburg alle Wachen verstärkt worden. Von Hamburg nach Kiel wurde kein Zug abgelassen. Die Folge war, daß durchreisende Matrosen nicht zu ihren Schiffen zurückkonnten und sich im Hamburger Hauptbahnhofe und in seiner Nähe in größeren Massen sammelten. Schon am frühen Abend wurde unter ihnen eifrig diskutiert, Infanteristen schlossen sich an, überall bildeten sich lebhafte Gruppen. Zu bemerken ist, daß in jener Zeit die Mannschaften auf den Wachen noch fest in den Händen ihrer Vorgesetzten waren, daß sie ihre dienstlichen Befehle mit der üblichen Präzision ausführten, daß aber freilich weder sie noch ihre Vorgesetzten besonders große Lust erkennen ließen, in bewaffnete Kämpfe mit Aufständischen verwickelt zu werden.

Die abends im Gewerkschaftshause stattfindende **Volksversammlung**, in der der Unabhängige **Dittmann** als Hauptredner sprach, war überfüllt und voll revolutionärer Begeisterung. Die Parole, am kommenden Tage in einen **Sympathiestreik** einzutreten, wurde mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Nach (S. 4) Dittmann sprachen außer einigen Parteirednern noch Soldaten und Matrosen. Alle zeigten unter brausendem Beifall der revolutionären Marine ihre Solidarität. Die Versammlung selbst hatte schon dadurch ein außergewöhnliches Gepräge, daß truppenweise Matrosen und Soldaten in den Saal hineindrängten, und daß schließlich eine Anzahl Infanteristen erschien, die aus dem Untersuchungsgefängnis in der Bundesstraße ausgebrochen waren. Wieder ist charakteristisch, daß in der Versammlung selbst von einem bewaffneten Aufstand in Hamburg mit keinem Wort die Rede war. Doch hatte dieser inzwischen mit Taten bereits begonnen.

II.

Die in Gruppen versammelten Matrosen und Soldaten hatten sich nicht allzu lange mit müßigem Diskutieren aufgehalten. Sie entwaffneten in später Abendstunde die Wache am Hauptbahnhof und zogen in bewaffneten Trupps durch die Straßen, deren Bild sich nun rasch änderte. Von allen Seiten tauchten plötzlich Waffen und Bewaffnete auf. Soldaten verließen die Kaserne und schlossen sich an. Einzeln gehende Polizisten und Patrouillen wurden entwaffnet, Waffenlager ausfindig gemacht und die Waffen an Arbeiter ausgegeben. Ein Trupp von Matrosen unter Führung des Matrosenmaates **Zeller** begann, die Schiffe im Hafen zu revolutionieren. Offiziere waren nicht anwesend, die Mannschaften schlossen sich ohne weiteres an. Gegen Morgen wurde mit Maschinengewehren der Elbtunnel besetzt, vom Hauptbahnhof zum Gewerkschaftshaus eine dichte Postenkette gezogen, Waffen im Gewerkschaftshause aufgestapelt, Maschinengewehre auf Lastwagen montiert, im Gewerkschaftshaus eine Art Hauptquartier aufgeschlagen. Am Morgen des 6. November waren alle Stadtviertel in Hamburg jenseits der vom Hauptbahnhof nach dem Berliner Tore führenden Stadtbahn derart von Aufständischen beherrscht, daß dort kein Polizist, kein Offizier, kein Vertreter der Staatsgewalt mehr zu sehen war, und daß bewaffnete Arbeiter und Soldaten mit roten Abzeichen völlig die Straße beherrschten.

Sollte diese sich gigantisch ankündigende Aufstandsbewegung nicht von vornherein der Zersplitterung verfallen, so war dringend erforderlich, daß ihre revolutionären Kräfte zu einem **einheitlichen Stoß zusammengefaßt** wurden. Von einer revolutionären Führung war bis zu dieser Stunde wenig zu erkennen. Die Unabhängigen hatten einen »Sympathiestreik« beschlossen, hatten auch von Arbeiter- und Soldatenräten geredet, aber diese sollten im Rathaus Forderungen stellen, während inzwischen sich in Einzelaktionen bewaffneter Gruppen in der Stadt der Aufstand erhob. Sollte der Aufstand mehr sein als eine Revolte, sollte er neben seinen negativen Zielen der Zertrümmerung der militärischen Autorität, auch ein positives revolutionäres Ziel erhalten, so kam alles darauf an, von vornherein die Bewegung so zu leiten, daß aus ihr sich eine revolutionäre Staatsautorität entwickeln konnte. Von diesem Gedanken ausgehend, übernahm nunmehr im Gewerkschaftshause **Wolffheim**, der als Soldat aus Flensburg erschienen war, eine Art Oberbefehl über die dort versammelten bewaffneten Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Er vereinbarte mit den Wortführern der Matrosen und dem Genossen Friedrich **Peter**, der ein Maschinengewehr, das auf einem Lastwagen montiert war, führte, daß sich um 10 Uhr die Bewaffneten unter Zurücklassung der notwendigen Sicherungen in geschlossenem Zuge nach dem Heiligengeistfelde in Bewegung setzen sollten, wohin die Unabhängigen um 12 Uhr mittags eine Demonstrationsversammlung einberufen hatten. Der Plan ging dahin, die Kasernen vorläufig liegen zu lassen und vom Heiligengeistfelde aus das **Generalkommando zu stürmen**, in dem die ganze staatliche Gewalt des alten Systems verkörpert war. Die Kasernen bildeten für den bewaffneten Zug keine Gefahr, weil zwar Offiziers- und Unteroffiziersposten die Tore besetzt hielten, die Mannschaften aber zum Verweilen in den Stuben verurteilt waren, da die Vorgesetzten sehr wohl wußten, daß sie darauf brannten, sich der Bewegung anzuschließen.

Während nun ein starker geschlossener Zug von Bewaffneten nach dem Heiligengeistfeld marschierte, ergossen sich dorthin große Züge streikender Arbeiter, die zur

Demonstrationsversammlung gingen, und Schwärme von Bewaffneten, wie sie in allen Teilen der Stadt in jenen Stunden zu sehen waren. Fast in ganz Hamburg waren bis gegen 12 Uhr mittags die Polizeiwachen entweder gestürmt oder entwaffnet, oder zum mindesten die Polizei von den Straßen vertrieben. Offiziere waren entwaffnet und gezwungen worden, ihre Abzeichen abzulegen. Einer der großen Schwärme von Bewaffneten, die nach dem Heiligengeistfeld zogen, erzwang sich den Eintritt in das Untersuchungsgefängnis, um die politischen Gefangenen zu befreien. Daß dabei auch eine Anzahl krimineller Verbrecher, darunter der Raubmörder Ebert, ihre Freiheit wenigstens zeitweise wiederfanden, liegt in den Umständen begründet.

Auf der Rampe des Untersuchungsgefängnisses versuchte im Auftrage des Generals von Falk ein Hauptmann in voller Uniform Verhandlungen (S. 5) zwischen den Aufständischen und dem Generalkommando in die Wege zu leiten. Es wurde ihm indessen bedeutet, daß der General von Falk die Zeit verpatzt hätte, in der ihm Gelegenheit genug geboten gewesen sei, mit seinen Soldaten zu verhandeln. Sie hätten jetzt Wichtigeres zu tun, aber der kommandierende General würde schon bemerken, wenn sie kämen. Der Hauptmann erklärte, der General wünsche Blutvergießen zu vermeiden, um zu erfahren, daß eben dies auch der Wunsch der Soldaten sei. Er möge seinem General sagen, daß die Soldaten und Arbeiter die Waffen nur zu ihrem Selbstschutze trügen, daß sie sie aber zu gebrauchen wissen würden, wenn man sich unterstehen sollte, sie anzugreifen oder ihnen Widerstand entgegenzusetzen.

Bevor auf dem Heiligengeistfelde die Reden begannen, stellte sich aus der **31er Kaserne** eine Gruppe von Soldaten ein, die die Meldung überbrachte, daß die Kaserne sich der Bewegung angeschlossen hätte, und daß die Offiziere von allen Funktionen suspendiert seien. Zugleich stellte sich eine Gruppe aus der Militärmusik der 31er zur Verfügung. Kurz nach 12 Uhr mittag begannen die Reden. Das Feld war von einer unübersehbaren Masse besetzt, unter der sich Tausende von Bewaffneten befanden. Als Rednertribüne diente der Scheinwerfer, von dem die rote Fahne herabwehte. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo es sich darum handelte, Streik, Demonstration und bewaffneten Aufstand zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen, um zu bewirken, daß aus dem Aufstand in Hamburg ein entscheidender Sieg der deutschen Revolution wurde. Es konnte sich deshalb nicht darum handeln, wie die Unabhängigen beabsichtigten, zu einem Demonstrationzuge nach dem Rathaus anzutreten, um dem Senat und der Bürgerschaft »Forderungen« zu übermitteln. Es handelte sich darum, **die bestehende Staatsgewalt endgiltig zu zerschlagen**. Deshalb wurde von der Rednertribüne aus zum Ausdruck gebracht, daß nach der zusammengebrochenen Revolution von 1848 jetzt dem Volke die Schicksalsstunde geschlagen habe. Wieder wie damals bestehe die Gefahr, daß mit scheindemokratischen Methoden der Bewegung das Rückgrat gebrochen werde. Die sogenannte Volksregierung des Herrn Scheidemann sei ein Schwindel der gleichen Art, wie im Jahre 1848 die Vereinbarerversammlung des preußischen Landtages, und wieder gelte das Wort Ferdinand Freiligraths an das revolutionäre Volk: Lass deinen Ruf: »die Republik!« die Glocken überdröhnen, die diesem allerneuesten Johannesschwindel tönen. Die revolutionäre Bewegung, die jetzt ihrem Sieg entgegeneile, verfolge das gleiche Ziel wie seit hundert Jahren: Gegen die Fürsten, gegen die Kleinstaatserei, gegen die deutsche Zerrissenheit, für die Einheit und Freiheit des Volkes, für die Befreiung von jeder Tyrannei, von kapitalistischer Knechtschaft im Innern und von

außen. Wieder lohe wie damals in Wien ein flammendes Fanal. Nicht dürfe wieder jenes Wort Wahrheit werden, mit dem der Dichter der Revolution von 1848 das schlafende Deutschland empor zu reißen versuchte zum Freiheitskampf für Wien:

Ja, Deutschland, ein Erbeben! Ja, Deutschland, eine Tat!
 Nicht, wo im roten Dolman einhersprang der Kroat,
 Nicht, wo vom Huf der Rosse das Donauufer bebt,
 Nicht, wo am Stephansturme der weiße Rauch sich hebt,
 Nicht, wo aus Sklavenmörsern die Brandraketen sprühn –
 Nicht dorthin, ernster Norden, gewaffnet sollst du ziehn!
 Nicht dorthin sollst du pilgern zur Hilfe, zum Entsatz –
 Allwärts, um Wien zu retten, stehst Du an deinem Platz!
 Räum auf im eignen Hause! Räum auf und halte Stich –
 Den Jellachich zu jagen, wirf **deinen** Jellachich!⁹
 Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag;
 Mach fallen **unser** Olmütz, und Olmütz rasselt nach!

Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht –
 O Deutschland ein Erheben, o Deutschland eine Tat!
 Die Eisenbahnen pfeifen, es zuckt der Telegraph –
 Du aber bleibst gelassen, du aber bleibst im Schlaf!
 Beim Todeskampf der Riesin dastehst du wie ein Stein –
 Alles, wozu du dich ermannst, ein kläglich Bravoschrein? –

(S. 6) Schon hat der revolutionäre Funke in Kiel gezündet. **In Hamburg aber fällt die Entscheidung nicht für den deutschen Norden, sondern für das ganze deutsche Reich.** Wer den Sozialismus will, wer den Kommunismus will, wer die Freiheit des Volkes, des freien Volkes in Waffen will, der stimme ein in den Ruf: **Es lebe die sozialistische Republik.**

Anschließend machte der Unabhängige Düwell den Vorschlag, sich für die Zwecke der revolutionären Bewegung des Echo¹⁰ zu bemächtigen und die Redaktion zu zwingen, die Hälfte des Blattes der Leitung der revolutionären Bewegung zu übergeben. Nichts kennzeichnet besser die Stimmung der versammelten Masse als der fast einstimmige Ruf: das ganze Echo! mit dem dieser Vorschlag beantwortet wurde. Damals inmitten des Gluthauches der Revolution wußten die Prol[et – Zusatz ML]arier von Hamburg, daß die Revolution verraten sei, wenn es jemals den Echomännern wieder gelänge, entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

-
- 9 Der »Jelačić« steht als Figur für die gegenrevolutionären Truppen. Als Armeeführer verteidigte er die kaiserliche und königliche Monarchie Österreich-Ungarn 1848/49 gegenüber der Revolution.
- 10 Das Hamburger »Echo« ist der Name der sozialdemokratischen Tageszeitung in Hamburg, die seit 1875 im J.H.W. Dietz-Verlag erschien.

III.

Sodann wurde die Anordnung getroffen, daß sich ein militärischer Zug mit der Spitze in der Richtung nach der Reeperbahn formiere zu dem Zweck, das Generalkommando zu stürmen und von dort aus die Besetzung der Stadt zu vollenden. In Voraussicht kommender Straßenkämpfe erging die Parole: Matrosen an die Spitze, Infanterie anschließend, hierauf bewaffnete Arbeiter und am Schluß die Demonstranten. Mit wunderbarer Präzision vollzog sich der Aufmarsch. Die Musikkapelle ging in Schleifen, um ein Aufschließen in Gruppen zu ermöglichen. Matrosen sprangen, die Gewehre in den Händen, an die Spitze des Zuges und sorgten dafür, daß kein Zivil sich zwischen die Uniformierten mischte. Dann setzte sich, während die Kapelle spielte, der gewaltige Zug in Bewegung. Eine Spitze voraus mit entschicherten Gewehren, Seitenpatrouillen zwischen Spitze und Zug, und vor der Musikkapelle etwa noch ein Dutzend Gruppen von Soldaten und Matrosen – so ging es auf die Reeperbahn zu. Die Fenster der Arbeiterwohnungen flogen auf und mit Hurra und Tücherschwenken wurde die marschierende Revolution begrüßt. Kaum in der Reeperbahn angelangt, erhielt die Spitze des Zuges Feuer aus Häusern. Hier zeigte es sich, wie nötig es war, daß die demonstrierenden Zivilisten aus der Schar der Bewaffneten ferngehalten worden. In unglaublicher Geschwindigkeit war die Straße geräumt, rechts und links stürzten die Soldaten in die Häuser, um von den gegenüberliegenden Fenstern aus das Feuer der Gegner niederzukämpfen. Zweimal erlitt der Zug auf diese Weise Verzögerungen. Als er sich endlich in guter Ordnung dem Generalkommando näherte, und als Beauftragte sich in das Gebäude begaben, um sich bei Herrn **von Falk** zu erkundigen, wie er sich der veränderten Sachlage gegenüber zu verhalten gedanke, war Herr von Falk mit seinem ganzen Stabe verschwunden und das Generalkommando geräumt. Es ist offenbar, daß die zwei Feuergefechte in der Reeperbahn den Zweck hatten, den herannahenden Zug aufzuhalten, um dem Generalkommando Zeit zur Räumung zu lassen.

Mit der Flucht des kommandierenden Generals war der **Sieg der Revolution im Bereich des 9. Armeekorps entschieden**. Gelang es nicht von anderer Seite her, die kaiserliche Gewalt über dieses Territorium neu aufzurichten, so war der Zusammenbruch der Staatsgewalt im ganzen Reiche besiegelt. Ganz unabhängig von Parlamentsbeschlüssen, formalen Abdankungsurkunden und den Abmachungen zwischen sozialdemokratischen Ministern und Ministeranwärtern auf der einen Seite und dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden auf der anderen. Die militärische Sicherung der vollzogenen Revolution in Hamburg war deshalb die dringendste Aufgabe des Augenblicks, neben der andere organisatorische und politische Dinge zurückzustehen hatten. Die Entwaffnung der Wachen, die Übergabe der Kasernen, die Besetzung aller Bahnhöfe und sonstigen Stützpunkte vollzog sich nun automatisch und ohne eine Direktive von irgend einer [sic!] Seite. Während eifrige Parteijournalisten sich mit den Redakteuren des Echo auseinandersetzten und die rote [sic!] Fahne als Organ der Revolution ins Leben riefen, wurde das Gewerkschaftshaus zum Mittelpunkt etwa nötiger militärischer Sicherungsaktionen. Als gegen Abend gemeldet wurde, daß Kavallerie von Wandsbek zum Angriff auf Hamburg heranrückte, standen vor dem Gewerkschaftshaus in kürzester Frist wieder an 2000 Mann in Gruppenkolonne unter den Waffen, die den Husaren und Dragonern entgegenrückten. Diese wagten keinen ernsthaften Kampf, sondern machten kehrt, und nun schlossen sich auch ihre Kasernen der Bewegung an.

Schon auf dem Heiligengeistfeld war verkündet worden, daß mit einem geglückten Aufstand alle bisher bestehende politische Gewalt aufgehört haben würde zu existieren. daß von da ab die politische Macht ausschließlich in den Händen der Räte läge. Unter der Militärdiktatur, wo die ganze politische Gewalt im Lande und im Heer bei den kommandierenden Generälen konzentriert gewesen war, hatten Senat und Bürgerschaft eine Exekutivgewalt nicht mehr (S. 7) besessen. Arbeiter- und Soldatenräte waren zur Losung des Tages geworden, und niemand war verpflichtet zu wissen, daß die politischen Faktoren der Vorkriegszeit noch einmal durch Arbeiterparteien in ein kurzes Scheinleben zurückgerufen werden würden. Vom ersten Augenblick an war völlig klar, daß über die Betriebe und durch die Truppenteile im Wege geordneter Wahlen die Räte zu bilden seien, und daß die sozialistische Republik keine andere Form annehmen würde als die einer organisch entstehenden Räterepublik. Wenn schon am Abend des 6. November sich ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat aus eigener revolutionärer Machtvollkommenheit bildete, so konnte diesem Organ der Revolution keine andere Aufgabe zufallen als die, geordnete Wahlen zu veranlassen und ein drohendes Chaos durch entsprechende Maßnahmen zu verhüten.

Der weitere Verlauf der Hamburger Revolution hat indessen schon am nächsten Tage erwiesen, daß die Einsicht in revolutionäre Notwendigkeiten nicht etwa bei den Massen, wohl aber bei ihren sozialistischen Führern herzlich gering war. Und wenn schon der Unabhängige Calweit, der damals an der Spitze der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Hamburg stand, es fertig brachte, den in der Revolution aufgetauchten, politisch völlig unbedeutenden und in Hamburg unbekannten Matrosenmaat Zeller als bevollmächtigten Vertreter der revolutionären Armee sich beizugesellen, so braucht es niemand wunder zu nehmen, daß die Führung sehr bald in die Hände jener gerissenen Politikanten überging, die, gestützt auf Herrn Noske in Kiel und ihre Ministergenossen im Reich sowie auf einen eingelaufenen Parteiapparat und eine weitverzweigte Presse, vom ersten Tage an kein anderes Ziel kannten als das, den vollzogenen Sieg der Revolution durch Verschweigen, Entstellen und Verfälschen der Tatsachen nicht in Erscheinung treten zu lassen. Jedem denkenden Politiker – und die Träger des alten Systems gehören nicht zu jener Art gehirnloser Amphibien wie ihre Nachfolger – mußte klar sein, daß nach dem Siege der Revolution in Wien der Sieg der Revolution in Hamburg das Ende einer Epoche bedeutete, die im Jahre 1848 begann und sich über 1866 und 1871 im November 1918 vollendete. Mit der militärischen Gewalt war die Fürstenmacht zertrümmert, mit der Beseitigung der Fürstengewalt war die Bahn frei für die Verwirklichung alles dessen, wofür in den Jahren 1813 und 1814, 1848 und 1849 die Besten gekämpft und geblutet hatten.

Was sozialdemokratisches Parteiklüngeltum aus dem vollzogenen Sieg der Revolution zu machen wußte, um ein freies Volk in Waffen waffenlos der imperialistischen Raubgier des kapitalistischen Völkerbundes zur Versklavung und zur Aussaugung vorzuwerfen, werden die folgenden Hefte des *Volkswart* (kursiv: ML) darlegen.

2. Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution November 1918 bis März 1919

2.1 Die »unrest« groups. Fragmentierte Hamburger Arbeiterbewegung: Konfliktlinien und Machtstrategien

Der Beginn der Revolution in Hamburg am 5./6. November 1918 erscheint als aus dem Chaos der ersten Revolutionstage geboren und nimmt am Ende einen Verlauf in den »geordneten Bahnen« einer demokratisch gewählten Bürgerschaft. Die Auseinandersetzungen um die »richtige« neue politische Macht und die Etablierung der geeigneten Staatsform in den Tagen der Revolution, ob Demokratie, ob sozialistische Republik, ob Räterepublik, ob Militärdiktatur, endeten symbolhaft, als mit der Einberufung der ersten demokratisch gewählten Bürgerschaft in Hamburg die rote Revolutionsflagge vom Rathaus entfernt wurde. Die Formen der »revolutionären Herrschaft« dazwischen als Auseinandersetzung zwischen den alten Kräften des Ancien Régimes, den reformistischen und radikalen Gruppen der Arbeiterbewegung, der SPD und den freien Gewerkschaften, den oppositionellen Gegengründungen der USPD, den Linksradikalen und der kommunistischen Partei, den Arbeiter- und Soldatenräten, den Gruppen und Konfliktparteien auf der bürgerlichen Seite – bilden den Gegenstand der hier vorgelegten Analyse.¹¹ Darin erscheint die Etablierung des neuen Machtregimes in Hamburg als parlamentarische Republik als Ergebnis der Auseinandersetzungen und der Machtkonflikte der konkurrierenden Gruppen in Hamburg. Dies bedeutete nicht das Ende zukünftiger Konflikte, sondern hier stellte sich eine grundsätzlich veränderte Ausgangslage auf der Ebene der politischen Systemregulierung dar. Die neuen Gestaltungswünsche einer demokratischen Governance stießen konfrontativ auf die vom Ancien Régime zurückgelassenen Lasten, die emotionalen – wie die Traumata – und die ordnungspolitischen – wie die Abwicklung des Kriegsendes und die Herausforderungen des ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und psychologischen Umbaus einer zersplitterten Gesellschaft. Versailles und Weimar – die Stimmung des Aufbruchs und neue Fragmentierungen in den politischen extremen Lagern der Rechten und der Linken sind nur zwei Stichworte, welche die veränderte Konflikt- und Aushandlungslage in Hamburg für die Zeit der Weimarer Republik andeuten.

11 Zum Ansatz der dynamischen Konfliktforschung vgl. Mayer, Lotta: Konfliktodynamiken – Kriegsdynamiken. Zur Konstitution und Eskalation innergesellschaftlicher Konflikte, Bielefeld 2019, hier S. 159-175. Die Autorin entwickelt, angelehnt an den interaktionistischen Symbolismus und an die Untersuchungen von Konflikt-, Bürgerkriegs- und Bewegungsforschung, ein Analyseinstrumentarium, um die Entstehung von Protestbewegungen, seien es soziale Bewegungen, durch Rassismus oder andere Grundspannungen ausgelöste Konflikte, ihre Dynamiken und ihre sehr komplexen Verläufe bis hin zur Aufsplitterung und Fragmentierung in unterschiedliche Konfliktparteien zu verfolgen, die »Logiken« ihrer Auseinandersetzungen zu verstehen und die Neuformierung politischer Macht und Machtregime zu erklären. Die theoretischen Grundlagen der sozialen Bewegungsforschung beruhen im Wesentlichen auf den Arbeiten des US-amerikanischen Soziologen Herbert Blumer (1900-1987); zusammengefasst in: ders.: »Social Unrest and Collective Protest«, in: Denzin, Norman K. (Hg.): Studies in Symbolic Interaction. Band 1, Greenwich (CN) 1978, S. 1-54; vgl. Mayer (2019): Konfliktodynamiken, S. 30-40.

Zur Analyse des Konfliktverlaufs wird hier der Ansatz von Lotta Mayer zugrunde gelegt, der geeignet erscheint, die Ereignisse, Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen Anfang November 1918 und Ende März 1919 zwischen den sich neu formierenden Protestgruppen und den oppositionellen Blöcken in einer Dimension zu fassen, welche es erlaubt, die Bezüge zwischen Selbstdefinition und Akteurserfahrungen mit dem konfliktuell hochaufgeladenen historischen Kontext am Ende des Ersten Weltkriegs in Beziehung zu setzen. Erst in der Aktion und in dem jeweils gegebenen historischen Kontext, so Lotta Mayer, bilden sich die Konfliktparteien aus, entwickeln ihre Identitäten, und im Weiteren ihre Strategien mit den daraus resultierenden Konfliktodynamiken.¹²

Die revolutionären Ereignisse umfassen die Zeitspanne vom Umsturz der alten Machtverhältnisse in Hamburg am 5./6. November 1919 bis zum Zusammentritt der ersten demokratisch gewählten Bürgerschaft in Hamburg am 23. März 1919. Die Initialzündung lag bei der Revolte der Matrosen der deutschen Hochseeflotte, die am 3./4. November 1918 mit dem Beginn der Revolution in Kiel ihren ersten Höhepunkt erreichte.¹³ Der von dort ausgehende hochdynamische revolutionäre Schub fegte die Macht des kaiserzeitlichen Ancien Régimes in den folgenden Tagen in den Städten, Kommunen und Ländern beiseite; der Raum für Entwürfe neuer Macht- und Regierungsformen entstand und die Vorstellungen der neuen Staatsordnung wurden – in unterschiedlichen Abweichungen – als Gegenentwurf etabliert. Ihre Ausprägungen bewegten sich in den Anfangstagen zwischen der Verkündung des 14-Punkte Programms¹⁴ der meuternden Matrosen in Kiel, dem Ruf nach Demokratisierung, nach der Abschaffung der Rang- und Befehlsordnung in Heer und Marine, nach dem Umsturz der »alten« Regierung und der Übertragung der Macht auf das Volk: als Räterepublik, als sozialistische, als demokratisch-parlamentarische Republik; die Vorstellungen waren zu diesem Zeitpunkt vielfältig und fließend.¹⁵

Den Ausgangspunkt der Analyse für die Revolutionszeit in Hamburg bildet ein formales Konfliktmodell, dessen zentrale Konfiguration durch die Interessen zweier

12 »Konfliktpartei ›sein‹ heißt, sich selbst als Konfliktpartei zu definieren und die im Konfliktverlauf gemachten Erfahrungen in das eigene Selbstobjekt einfließen zu lassen. Derart geht die jeweils eigene Konfliktgeschichte in verschiedener Weise in die Selbstdefinition der Gruppe ein, etwa glorifizierend oder kritisch distanziert.« Vgl. Mayer (2019): Konfliktodynamiken, S. 174. Zur Vorstellung des Konzeptes vgl. die Ausführungen zu »Akteurskonstellation und -konfiguration in der Konfliktarena«, ebd., S. 164-175.

13 Vgl. dazu die umfassende Darstellung zu Hintergründen und Verlauf des Aufstands der Matrosen der Hochseeflotte vom 29. Oktober bis zum 3. November 1918 von Dittmann, Wilhelm: »Enthüllungen und Feststellungen über die Marine im Weltkrieg (1926-1928)«, in: Ders., Erinnerungen. Band 3. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. (= Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Band 14/3), Frankfurt/New York 1995, S. 903-935; vgl. die Zusammenfassung der Enthüllungsrede vom 22. und 23. Januar 1926 im 4. Unterausschuss des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, ebd., S. 922-926.

14 Die »Kieler 14 Punkte« sind abgedruckt in Kollex, Knut-Hinrik: »Blaupause für die Revolution«, in: Kinze, Sonja/Tillman, Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 122-127, dort S. 125.

15 Zur Revolution in Kiel vgl. Pohl, Karl Heinrich: »Revolution in Kiel?«, in: Lehnert, Detlev (Hg.): Revolution 1918/19 in Norddeutschland, Berlin 2018, S. 21-98.

entgegenstehender Gruppen (Lager) gebildet wird, der »etablierten« Regierung und den »unrest groups«, den unzufriedenen unterprivilegierten Gruppen. Gegenstand des Konflikts ist die Gestaltung der Transformation der politischen Macht von den »alten« Trägern auf ein zukünftiges partizipatives Regime zwischen den extremen Alternativen eines sozialistischen Rätemodells oder einer parlamentarischen Demokratie. Dieses Analysemodell bezieht sich auf ein rationales Erklärungsmuster, das den Handlungslogiken der einzelnen Parteien, ihren Bündnisstrategien, den Gründen ihrer Unzufriedenheit und den Zielen ihrer politischen Neugestaltung nachgeht. Das wesentliche und für die Erklärung von Konfliktverläufen ausschlaggebende Element liegt in der Darstellung der Konflikte als Prozess, als eine fluide und aufgrund der kontingenten Entwicklung ständig sich ändernde Konstellation zwischen, aber auch innerhalb der Konfliktparteien. Diese Entwicklung liegt darin begründet, dass Prozesse der Konfliktaustragung, der Abstimmung und der Verhandlung ihrerseits zu Veränderungen des Konfliktgegenstandes sowie der Bündnispartner führen und weiterhin die Zielvorstellungen als auch die Bündnisrelationen selbst verändern. Rahmenbedingungen des Kriegsendes wie z.B. Ressourcen- oder Nahrungsmittelknappheit, das Zurückfluten der Armeen von der Front, die Ereignisse in Berlin Ende Dezember 1918 treten als komplexitätssteigernde Bedingungen hinzu, um Kooperationen in Frage zu stellen und neue Bündnisse einzuleiten. So können am Ende eines Konfliktes völlig neuartige Machtkonstellationen und politische Regime die Ausgangslage bestimmen, wie sie anfangs nicht intendiert waren.¹⁶

2.2 Ausgangssituation der Revolution in Hamburg im November 1918

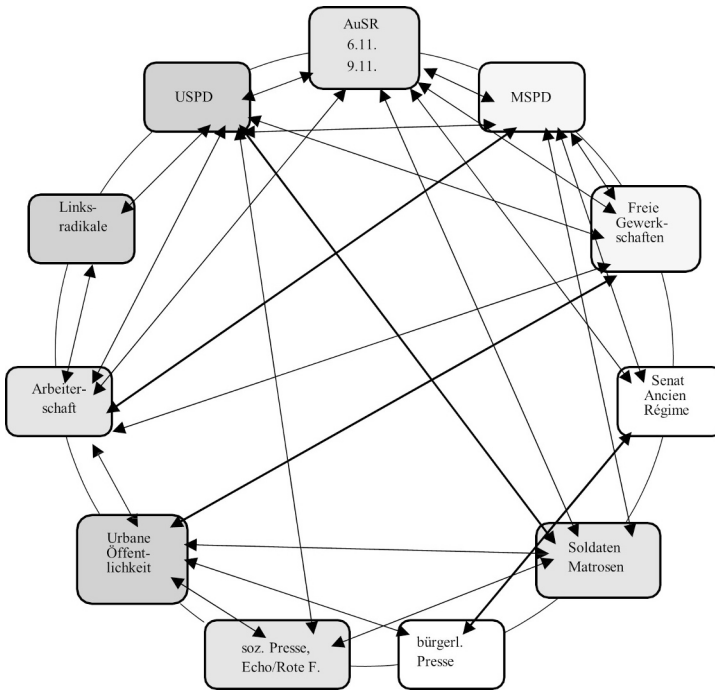
Für Hamburg schälten sich innerhalb des sozialistischen Blocks links von der SPD zwei Gruppierungen als »unrest groups« heraus, an der Spitze der aktiven Bewegung die Unabhängigen Sozialdemokraten, gefolgt von den Linksradikalen.¹⁷ Der Dissens zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsbasis in den großen Betrieben der Schiffbauindustrie und des Hafens fand in der Kritik an der »Burgfriedenspolitik« der SPD einen weiteren sichtbaren Ausdruck. An dieser Haltung bildeten sich die Bruchlinien in der Partei, in deren Folge sich die USPD gründete, die in Hamburg einen nicht kleinen

16 Dieses Konfliktmodell ermöglicht es, die größere Komplexität innerhalb des sozialistischen Lagers zu erfassen. Somit betrachtet es die inneren Auseinandersetzungen zwischen den »unrest groups« und zwischen den Lagern der sozialistischen Arbeiterbewegung in Hamburg als Teil der Revolutionsgeschichte. Diese wird somit in ihrer Komplexität, in den inneren Auseinandersetzungen und ihren kulturellen Ausformungen sichtbar. Diese Überlegungen verleihen dem Geschehen die interpretative Logik, die damit nicht dem Narrativ folgt, die Transformation »nur« als Erfolgsgeschichte der SPD zu schreiben. Vgl. Ewald, Christina: »Als die rote Fahne am Rathaus wehte. Hamburg zwischen Revolution und Neuordnung«, in: Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19*, Kiel/Hamburg 2018, S. 108-125.

17 Die Darstellung bezieht sich im Wesentlichen auf die sehr dichte Beschreibung der Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Ausdifferenzierung in unterschiedliche Gruppen, hier auch nach Mayer »Fragmentierung« genannt, und ihrer Dynamik für das Revolutionsgeschehen. Vgl. Ullrich, Volker: *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Revolution 1918/19*, 2 Bände, Hamburg 1976.

Teil von Anhängern, insbesondere auch in der Werftarbeiterschaft fand. Aus der Artikulation des Protestes gegen die Burgfriedenspolitik der SPD entwickelte die USPD Alternativen zur Politik der SPD, die auf eine aktive Friedenspolitik (Verständigungsfrieden) mit der Vision einer revolutionären Transformation des Staates in eine Staatsform abzielten, deren Konturen sich von den Vorstellungen der SPD durch eine stärkere Orientierung an revolutionär-syndikalistischen Vorstellungen unterschieden.¹⁸

Abbildung 1: Fragmentierung der sozialistischen Bewegung und Akteursgruppen der Revolution 1918/19 in Hamburg und ihre reziproken Beziehungen (Der stärkere Pfeil unterstreicht eine größere Beziehungsintensität)



Die Gründung der USPD führte reichsweit zu verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen ihrer Mitglieder durch die Militärgerichtsbarkeit und die zivile Justiz, Maßnahmen, die durch die Verhängung des Belagerungszustandes gedeckt waren. Dies war auch für Hamburg der Fall, wo sich im Laufe des Jahres 1917 der Kreisverein Hamburg-Altona der USPD »am 29. April 1917 im Anschluß an ein Referat Hugo Haases (1863-1919) über die Gründungskonferenz in Gotha bildete.«¹⁹ Mitglieder der USPD wurden

18 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 438-450.

19 Ebd., S. 439. Bei den Gründungsaktivitäten war Jakob Rieper (:1890) sehr aktiv. Nach »einer anfänglichen Aufschwungphase« ging die Anzahl der Mitglieder zurück, offensichtlich auch ein Erfolg des »stellv. Generalkommandos in Altona [...], dem gefährlichen Treiben der unabhängigen Sozialdemokratie [...] mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und ihr die Möglichkeiten zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volke« zu unterbinden. Vgl. ebd., S. 441. Volker Ullrich geht in sei-

an die Front strafversetzt; sie wurden zu monatelanger Festungshaft verurteilt, mussten klammheimlich agieren.²⁰ Die Fragmentierung der Arbeiterbewegung setzte sich auch in den Jugendorganisationen fort, die radikale Jugend in der Gewerkschaftsbewegung formierte sich ebenfalls als Prozess der Abspaltung von der Hauptströmung.²¹ Viele Vertreter fand sie in der mit der offiziellen Gewerkschaftspolitik und den Funktionären des Gewerkschaftskartells unzufriedenen Arbeiterschaft in den Großbetrieben auf den Hamburger Werften. Ankerpunkte der Bewegung waren oftmals die Vertrauensmänner auf den Werften und in den Betrieben.

Aus diesen um die USPD zentrierten Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern bildete sich eine wachsende und zunehmend aktive Kerngruppe der revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft in Hamburg, welche – sich den dramatischen Ereignissen des Matrosenaufstandes in Kiel anschließend – am 5. November 1918 die Initiative zur Beseitigung des Machtapparates des Kaiserreichs in Hamburg ergriff. Aus der lebhaften Versammlung der USPD am Abend des 5. November im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof, an der Tausende von Menschen teilnahmen, erwuchsen die Aktionen der bewaffneten Matrosen und Soldaten, welche in der Nacht vom 5. auf den 6. November Hamburg militärisch besetzten. Nach Sicherung der Stadt wurde das Gewerkschaftshaus als Zentrale des Aufstandes eingerichtet und am Morgen des 6. November 1918 wurde die politische Führung der Stadt dem provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat, bestehend aus Mitgliedern der USPD und aufständischen Matrosen, übertragen. Die Besetzung der Stadt durch die aufständischen Gruppen geschah in Anlehnung an militärische Besetzungsszenarien von Städten im Krieg; es war eine Bedrohungsskizze der Gewalt, die nicht in jedem Falle in direkte Kampfaktionen umschlug; der militärische Befehlshaber im Wehrkreis IX, der kommandierende General des stellvertretenden Generalkommandos, Adalbert von Falk (1856-1944), hatte auf eine militärische Intervention verzichtet und zog es vor, die Stadt im Laufe des Tages zu verlassen:

Am »Morgen des 6. November (traten) die Matrosen an die Führer der USPD heran, um ihnen die politische Leitung der Bewegung zu übertragen. Gegen 7 Uhr morgens wurde der Vorsitzende der Hamburger USPD, Ferdinand Kalweit (1885-1943), von einer Matrosenabordnung aus seiner Wohnung abgeholt und ins Gewerkschaftshaus gebracht.

nen Einschätzungen »für 1917 und die erste Hälfte von 1918 von etwa 500 Mitgliedern« aus. »Einen stärkeren Mitgliederzuwachs hatte die Hamburg-Altonaer USPD erst gegen Ende des Krieges zu verzeichnen.« Ebd., S. 440. Vgl. auch Dittmann, Wilhelm: *Erinnerungen*. Band 2. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rohann (= Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Band 14/2), Frankfurt/New York, S. 499-501.

- 20 Dies traf auf Wilhelm Dittmann zu. Vgl. ders., *Erinnerungen*. Band 2, S. 527-533. Dort findet sich der Bericht zu seiner Inhaftierung und Verurteilung durch das Militärgericht. Paul Dittmann (1878-1919), Gründungsmitglied der USPD Hamburg, wurde »infolge einer Denunziation des ersten Bevollmächtigten des deutschen Metallarbeiterverbandes der Zahlstelle Hamburg namens Koch wegen seiner oppositionellen Tätigkeit im Verband und in der Partei militärisch eingezogen; sein früher Tod war die Folge.« Ebd., S. 379; zur Denunziation vgl. ebd., S. 517-519; zur Verhaftung Heinrich Laufenbergs (1872-1932) im Februar 1917 vgl. ebd., Band 3, S. 1334.

- 21 Vgl. Ullrich (1976): *Arbeiterbewegung*, S. 315-338.

Schon eine Stunde später wurde hier ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.«²²

Mitglieder des Arbeiterrates waren die USPD-Mitglieder Ferdinand Kalweit (1885-1943), der den Vorsitz übernahm, Paul Dittmann (1878-1919), Jakob Rieper (geb. 1890)²³ und Paul Wagner. Diese »personelle Besetzung« entsprach »der führenden Rolle [...] der [...] USPD im Zeichen der sich zuspitzenden revolutionären Krise Ende Oktober/Anfang November [...]«. Der »provisorische Soldatenrat war ein Produkt des bewaffneten Aufstands selbst.«²⁴ Es dominierten in dieser ersten Stunde »[e]ntsprechend ihrer Initiativrolle« vor allem Matrosen aus Kiel.²⁵ Den Vorsitz hatte der Obermaat Friedrich Zeller (geb. 1893) inne, »von dessen Mut und Tatkraft« entscheidende Impulse ausgegangen waren, der »keine gefestigte politische Anschauung« hatte und im Dezember an den »konterrevolutionären Machenschaften« in Hamburg beteiligt war.²⁶ Seinen Anspruch auf die Übernahme der politischen Macht legitimierte der Arbeiter- und Soldatenrat dank »eigener revolutionärer Machtvollkommenheit«;²⁷ er verstand sich, legt man den programmatischen 14-Punkte-Plan als Blaupause zugrunde, als Organ des Übergangs

22 Vgl. ebd., S. 622-624, das Zitat S. 23.

23 Bei nicht vollständig ermittelten Lebensdaten wird das recherchierte Datum, also das Geburts- oder das Sterbedatum eingefügt.

24 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 623.

25 Mit dem Widerstand gegen die militärischen Eliten in Flotte und Heer und gegen die Kriegsführung des Kaiserreichs war die Machtfrage im Reich gestellt, eine Dimension, die so nicht sofort von den alten Mächten, der neu sich formierenden Regierung in Berlin und in den Machtzentren der Bundesstaaten gesehen wurde. Dass die Bewegung der Matrosen von den Soldaten aufgegriffen wurde, war auch dem Umstand zu verdanken, dass zahlreiche Matrosen und Soldaten ihre zum Teil unfreiwilligen Aufenthalte an Bahnhöfen dazu nutzten, den Umsturz in die Städte zu tragen, die Zentren der »alten« Macht zu besetzen, Verbündete zu suchen, Fakten zu schaffen, um dem »Neuen« zum Durchbruch zu verhelfen. Vgl. dazu Gallus, Alexander: Die deutsche Revolution 1918/19, in: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier: Die Weimarer Republik, 13. 10.2018, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275865/revolutionen> - abgerufen am 28.11.2021. »In den Folgetagen breitete sich der Aufstand durchreisende Matrosen und Mundpropaganda von der Küste in weitere Teile des Landes aus. Ein Fürstentum nach dem anderen fiel wie ein Kartenhaus in sich zusammen, ganz ohne Gegenwehr. Am 7. November 1918 stürzte die Monarchie in Bayern und der Unabhängige Sozialdemokrat (USPD) Kurt Eisner rief die bayerische Republik aus. Am 9. November schließlich ergriff die Revolution Besitz von Berlin. Die revolutionäre Dynamik war dabei so spontan und rasant, dass die Planungen mancher revolutionärer Akteure selbst mit diesem Tempo nicht Schritt halten konnten.«, ebd.; vgl. Aulke, Julian: »Eisenbahn und Bahnhöfe. Die Bedeutung von mehrdimensionalen Räumen in der Revolution.«, in: Kinzler, Sonja/Tillmann, Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die Revolution 1918., Darmstadt 2018, S. 145; vgl. Kinzler, Sonja/Buttgereit, Jens: »Sturmvoegel der Revolution«. Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen.«, in: ebd., S. 140-149.

26 Alle Zitate vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 623. Zur Charakterisierung von Zeller vgl. ebd., S. 624. Die Etablierung des Rates war eine »hastige Improvisation« und entsprang aus dem »Führungsvakuum der revolutionären Bewegung«, ebd., S. 623. Die Bildung des AuSR selbst erfolgte nach russischem Vorbild. Das Rätemodell galt als spezifisches Kennzeichen für den Charakter der revolutionären Umwälzung. Vgl. ebd., S. 624.

27 Ebd., S. 625.

in eine neue Staatsordnung und – während der Transformation – als Garant für die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung und der öffentlichen Ordnung.²⁸

2.3 Fragmentierung und Kompromisse: Machtdimensionen, Gemeinsamkeiten und Konfliktpunkte innerhalb der Linken bei Ausbruch der Revolution 6.–8. November 1918

Die drei Akteursgruppen aus Sozialdemokraten, USPD und Radikaler Linker bildeten auf der Seite der Arbeiterbewegung den großen aktiven Block, aus dem sich die Führungsgruppe des AuSR bildete. Die Führer entstammten den leitenden Gremien der SPD, der USPD und den Gewerkschaften; teils traten ihnen aktive und in der revolutionären Bewegung führende Soldaten und Matrosen bei.²⁹ Die Bewegung wurde von Massen der Hamburger:innen durch öffentliche Versammlungen und Umzüge auf den Straßen und Plätzen der Stadt getragen; sie hatten entscheidenden Anteil an der Dynamik der Geschehnisse in Hamburg und agierten in unterschiedlichen Rollen als Zuschauer:innen, Unterstützer:innen, auch Gegner:innen oder als kritische Kommentator:innen und prägten somit Verlauf und Ergebnis der dann folgenden Transformation. Der kommunikative Austausch mit der Masse der arbeitenden und urbanen Bevölkerung in Hamburg, die Straße und die Versammlung, Diskussion und Information, Bühne und vorübereilende Menschen, dieser durch die Bevölkerung in vielen unterschiedlichen Funktionen besetzte, genutzte und ausgefüllte öffentliche Raum der Stadt trat in Hamburg wie in Kiel und anderen Städten als wesentlicher Faktor für die Entwicklung der revolutionären Dynamik in Erscheinung. Die Menschen gestalteten das politische Leben in Hamburg mit, sie bildeten nicht nur große Echokammern auf Protestdemonstrationen wie am 29. Dezember 1918 und am 1. Januar 1919, sie waren Akteur:innen einer erweiterten Szenerie der repräsentierten öffentlichen Meinungen. Das in Massen versammelte Publikum trat häufig auf der zentralen öffentlichen Bühne auf dem Rathausplatz auf, in den großen Demonstrationen im Januar 1919 auch als Teilnehmer:innen einer quasi in den urbanen öffentlichen Raum erweiterten Sitzung des AuSRs. Die Menschen betrachteten sich als Akteur:innen des politischen Geschehens: Die verschiedenen Lager und ihre fragmentierten Gruppen protestierten, nahmen Stellung, stritten sich.³⁰

28 Vgl. w.o. Anm. 4.

29 So die Matrosen Zeller und Heise. Exaktere biografische Daten über Zeller konnten nicht ermittelt werden. Wilhelm Heise (1893-1968) kündigte am 23.12.1918 seinen Rücktritt vom Vorsitz des SR an und wurde durch Walther Lamp'l am 27.12.1918 ersetzt. Vgl. Meyer, Anna Lena: »Wilhelm Heise«, in: Matthes, Olaf, Pelc, Ortwin: Menschen in der Revolution. Hamburger Portraits, Husum 2018, S. 68-70.

30 Zur Rolle des urbanen Raumes bei dieser ersten großen Massenversammlung und anschließendem Umzug vgl. Wolffheim, Friedrich: »Der große Volksumzug zu Beginn der Revolution in Hamburg am 6. November 1918«, in: Hamburger Volkswart, 1. Jahrgang, Nr. 7, 15.11.1921, S. 2-6. Vgl. in diesem Band, S. 61-68. Vgl. auch die Szenerie auf dem Rathausmarkt am 11.1.1919, als zwei große Demonstrationzüge auf dem Rathausmarkt zusammentrafen und die zunehmende Spaltung zwischen MSPD und USPD/Kommunisten zum Ausdruck brachten. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 696-698. »Im Auftrag der Demonstranten erschien eine Deputation der Mehrheitspar-

Der erste große Auftritt riesiger Menschenmassen erfolgte am 6. November 1918; zahlreiche Hamburger:innen hatten dem Aufruf der Parteien und Gewerkschaften vom Vortag Folge geleistet. Aus der Versammlung auf dem Heiligengeistfeld bildete sich ein Zug, organisiert und angeführt von aufständischen revolutionären bewaffneten Gruppen von Matrosen und Soldaten. In den meisten Betrieben war wegen Streik die Arbeit stillgelegt.

Nach dem Muster der großen Arbeitsniederlegungen und Protestdemonstrationen von 1917 und vom Jahresbeginn 1918 war zu einer großen Volksversammlung mittags auf dem Heiligengeistfeld aufgerufen worden. Vor dem Forum einer aus ca. 40.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Heiligengeistfeld zusammengeströmten Menschenmenge entfalteten Vertreter der Linksradiكالen in ihren Reden eine interpretative Kraft zur Deutung der Ereignisse als revolutionären Sturz des alten Regimes, repräsentiert durch den Militärbefehlshaber des Kaiserreiches im Hamburger Staat, Adalbert von Falk. Sichtbarkeit und Funktion der Kommandantur war in Hamburg gewährleistet durch die Präsenz des Militärs in den zahlreichen Kasernenstandorten der Stadt, besonders prägnant die beiden Kasernen des (2. Hanseatischen) Infanterieregiments Nr. 76 an der Bundesstraße, ebenso die Viktoriakaserne in Altona und die Kaserne in Bahrenfeld. Hinzu traten die Einrichtungen der Militärjustiz und das Untersuchungsgefängnis, die Hamburger Polizeibehörde (Stadthaus) und die zivile Justiz. Die Kommandantur, der Sitz des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Wehrkreises und seines Leiters, General von Falk, befand sich in Altona, in der Palmaille.³¹ Legendar ist die Darstellung Fritz Wolffheims über die Versammlung und den sich daran anschließenden Zug der Menge durch die Stadt zur Palmaille und zu den Kasernen in der Bundesstraße, eine große öffentliche und von den aufständischen revolutionären Kräften begleitete und geschützte Demonstration, die dem Narrativ Wolffheims zufolge den revolutionären Ereignissen mit der Zustimmung der Volksmenge eine breite Legitimation verlieh.³² Diese wurde – ähnlich wie in Kiel – gefestigt und radikalisiert durch den Beschuss des Demonstrationzuges aus Häusern am Ende der Reeperbahn/Höhe Nobistor, welches eine sofortige Aufteilung der Menge in bewaffnete Matrosen

tei und des Gewerkschaftskartells im Rathaus und verlangte kategorisch den Rücktritt der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats.« Ebd., S. 696-697.

31 Zu den zahlreichen militärischen Standorten vgl. Matthes, Olaf: »Das stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps und seine Organisationsstruktur 1918/10«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): *Revolution! Revolution?*, S. 244-257; Krahe, Fabian: »Die wichtigsten Militärstandorte sowie deren Abwicklungsstellen in Altona, Hamburg, Wandsbek und Harburg 1918-1919«, in: ebd., S. 318-331.

32 Vgl. weiter oben S. 61-68. Das Narrativ des »revolutionären Scripts«, das Wolffheim seiner Schilderung unterlegte, ordnet das Geschehen genealogisch in die Reihe der liberalen Revolutionen von 1848, gegen die K.u.K.-Monarchie in Österreich 1848, gegen die Monarchie in Preußen und die monarchischen Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten ein. Das Ziel war ein demokratisches und vereintes Deutschland gegen Kleinstaaterei und Fürstenherrschaft. Das ist insofern eine eigenwillige Interpretation, als die Erzählung sich in einen starken Kontrast zur Oktoberrevolution 1917 und dem bolschewistischen Rätemodell stellt. Der Fokus liegt bei Wolffheim auf der Selbstermächtigung des Volkes, wesentliche Legitimationsgrundlage des zukünftigen neuen Staates ist der sichtbare durch den Massenumzug zum Ausdruck kommende Wille des Volkes, der sich gegen die Fürstenherrschaft – hier das System des Kaiserreiches – richtet.

und Soldaten und Zivilpersonen nach den Grundsätzen des Schutzes der zivilen Teilnehmer:innen des Zuges zur Folge hatte. Der Tod eines jungen Mannes, Mitglied der radikalen Linken, erzeugte den ersten Märtyrer der Revolution.

Programmatisch bestimmten in den ersten Tagen die Unabhängigen Sozialdemokraten und Linksradiكالen die Interpretation der Ereignisse und auch die Beschlüsse, das sozialdemokratische »Echo« zu besetzen und es durch Umbenennung in »Rote Fahne« in die öffentliche Stimme der USPD und der Linksradiكالen zu verwandeln, gingen auf sie zurück. Die Räume des »Echo« wurden als Zentrale der Linksradiكالen unter der redaktionellen Leitung des gerade aus der Landesanstalt Friedrichsberg entlassenen Paul Frölich (1884-1953) in Beschlag genommen. Die USPD bezog ihren Standort zunächst im Gewerkschaftshaus, um dann, nach einem vorübergehenden Gastspiel im Geschäftsgebäude der HAL, am 8. November auf Dauer im Rathaus einquartiert zu sein.

Einig waren sich die Träger des politischen Umsturzes in Hamburg in der kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber der SPD und den Gewerkschaften aufgrund ihrer engen und arbeiterfeindlichen Kooperation mit den militärischen und zivilen Instanzen. Ebenso kritisch wurde die angeblich hinhaltende Taktik von SPD und Gewerkschaften in Kiel gegenüber der revolutionären Bewegung der Kieler Matrosen zum Sturz des Anciens Régimes gesehen.

Der Dissens zwischen den Gruppierungen der sozialistischen Arbeiterbewegung über die Ziele und den Verlauf der nun ausgelösten Transformation der politischen Machtmaschinerie in Hamburg setzte bereits in den ersten Tagen ein. Der Sturz der alten Machtverhältnisse hatte sich schnell vollzogen, aber weder die beiden Linksparteien und mit ihnen der Arbeiter- und Soldatenrat (AR/AuSR), noch die SPD konnten auf eine Blaupause zur Ausformung und Durchführung einer auf Dauer gestellten Transformation des Regimes zurückgreifen. Flexible Planung, Führung der Tagesgeschäfte, die Revolution in Berlin und der Machtwechsel, die Eingliederung der rückflutenden Truppen nach dem Waffenstillstand in die Zivilgesellschaft, all das stellte eine Fülle und Komplexität von Aufgaben dar, welche die Arbeit der Revolutionäre überfrachteten und zunächst schnellstmöglichen situativen Entscheiden den Vorrang vor einer langfristigen Planung einräumte. Was vorlag, waren mehr oder weniger ausgeformte Vorstellungen des zukünftigen Staatswesens, wobei sich die Vorstellungen der SPD – beeinflusst von den Vorgängen der Regierungsneubildung des Kabinetts des Prinzen Max von Baden in Berlin – stark von den alternativen Vorstellungen der Parteien und Gruppierungen der sozialistischen Linken unterschieden.³³ Nach der während der Kriegsjahre unterdrückten politischen Opposition konnten zwar die politischen Tätigkeiten aus dem Bereich des Klandestinen und Verdeckten in die politische Öffentlichkeit verlagert werden. Da die Energie noch vielfach der Etablierung der neuen öffentlichen organisatorischen Strukturen galten, trug ein großer Teil der politischen Arbeit bei den Linksparteien noch starke provisorische Züge. Gefestigtere Organisationsstrukturen bildeten sich dort erst

33 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 635. Das Modell der parlamentarischen Demokratie war bereits Ende Oktober 1918 festgelegt, vgl. ebd. Zu revolutionären und postrevolutionären Konzepten des verwaltungsjuristischen Staatsaufbaus vgl. w.u. Hanke, Christian: Selbstverwaltung und Sozialismus. Der Sozialdemokrat Carl Herz und die Revolution 1918/19 in Hamburg.

im Laufe des jungen revolutionären Prozesses heraus, während MSPD und Gewerkschaften auf eine etablierte und gefestigte Organisationsstruktur zurückgreifen konnten. Doch auch diese Großorganisationen gerieten angesichts der Beschleunigung der Ereignisse unter Druck. In Hamburg führte dies dazu, dass sich die MSPD am 5. und 6. November 1918 zu den von der Mehrheit der Arbeiterschaft begrüßten Veränderungen bekannte und sich zu einer größeren Gestaltungsoffenheit gemeinsam mit den Linken bereit fanden. Dies bedeutete auch ein vorübergehendes Stillstellen des Anspruchs der MSPD, als alleinige Vertretung der Arbeiterbewegung gegenüber den etablierten politischen Kräften aufzutreten. Dies war umso notwendiger, als die Stimmung in der Arbeiterschaft einem Hochgefühl eines neuen allgemeinen übergreifenden sozialistischen Selbstverständnisses Ausdruck gab und gefeiert wurde, »dass ein Bann gegenüber der Integration der SPD in die Gesellschaft gebrochen ist, indem die Tage des kaiserlichen Regimes gezählt sind.«³⁴

Diese Euphorie stand im Widerspruch zu den dennoch innerhalb des sozialistischen Lagers bestehenden Differenzen über die Gestaltung der neuen Machtverhältnisse. Die MSPD setzte sich vergleichsweise schnell und aktiv mit der Situation auseinander. In Sitzungen von Parteivorstand und Gewerkschaften wurden bereits am 7. November die zukünftigen Schritte beraten. Den Überlegungen lagen positive machstrategische Einschätzungen zum Verhältnis von [Bürgerschafts-]Fraktion und AuSR zugrunde, welche auf die große organisatorische Stärke, den Erfahrungszusammenhalt und die bestehende Verankerung der Partei und ihrer Organisationen im gesellschaftlichen und politischen Machtgefüge der Stadt setzte. Hier eröffnete sich die grundlegende Frage im Umgang mit den neuen partizipativen Strukturen eines AuSRs. Für die kommenden Wochen versuchte die SPD, die Mehrheit in dem neu zu bildenden AuSR zu erlangen. Hierbei rechnete sie mit dem noch wenig gefestigten Organisationsaufbau der beiden Linksparteien, die bei den Linksradikalen noch weniger als bei der USPD ausgebildet war, so dass eine Kooperation von USPD und Linken mit der SPD und ihrer organisatorischen Macht dringend geboten erschien.³⁵

Die SPD entwickelte ein taktisches Vorgehen auf vier Ebenen, um ihre strategische und politische Macht zu erweitern und zu festigen. Dazu zählten 1. die Eroberung einer breiten Stimmenmehrheit im Soldatenrat, 2. die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch das »Echo« als Gegengewicht zur inzwischen neu gegründeten »Roten Fahne« der USPD und der radikalen Linken, 3. die Gewinnung eines hohen Stimmenanteils im neu zu wählenden Arbeiter- und Soldatenrat (im »Großen Rat« und seinem Exekutivausschuss) und 4. die Kooperation mit dem traditionellen Machtregime von Senat und Bürgerschaft.³⁶ Überzeugungsarbeit und Einflussnahme folgten einer Doppelstrategie, wonach in der Öffentlichkeit die »sozialistische Republik« als erstrebenswertes Ziel begeistert ausgerufen wurde, jedoch »die Revolution, die sie nicht gewollt hatten, unter dem Deckmantel sozialistischer Phrasen« adoptiert wurde, »um sie im Sinne ihres verfassungspolitischen Aktionsprogramms in parlamentarisch-demokrati-

34 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 638.

35 Vgl. ebd., S. 632-633.

36 Dies war das Einfallstor zu einer Kompromisslösung mit den Mächten des »Ancien Regime«.

schen Bahnen zu kanalisieren.«³⁷ Der Zugriff auf die öffentliche Kommunikation durch das »Echo« wurde durch einen Kompromiss gewährleistet: Die »Rote Fahne« erschien als Organ der revolutionären Linken weiter und wurde bei Auer & Co. gedruckt, während das »Echo« wieder als Organ der SPD auftrat.³⁸ In der Auseinandersetzung um die Wahlen zum »Großen Arbeiterrat«, um die Verteilung der Sitze im Exekutivausschuss und um den Wahlmodus, konnte sich die SPD nicht sofort, jedoch auf längere Sicht durchsetzen, wobei sie auch von den Linksradikalen Fröhlich und Wolffheim Unterstützung erfuhr.³⁹

In ausführlichen Verhandlungen einigte sich die zwölfköpfige Planungskommission, jeweils zur Hälfte aus Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften und aus Vertretern der USPD und der Linksradikalen besetzt, recht zügig über das entscheidende Procedere bei den Wahlen. Ein günstig ausgeklügelter Verteilungsschlüssel der Stimmen auf der Ebene von Betrieben verschaffte der SPD einen strategischen Vorteil, da Betriebe mit mehr als 1000 Arbeiter:innen, und dies betraf die großen Werftbetriebe wie *Vulkan* und *Blohm & Voss* – gemessen an den Stimmen kleinerer Betriebe – unterrepräsentiert waren.⁴⁰ Für die Wahlen zum Exekutivausschuss erhoffte sich umgekehrt die USPD eine Stärkung ihrer Position, indem sie von der Annahme ausging, dass bei einer Mitgliederzahl von insgesamt 30 aus der Gruppe der insgesamt 18 Betriebsdelegierten eine Mehrheit der Stimmen auf die USPD entfallen würde, während sich umgekehrt die SPD aus ihrer Zugehörigkeit zu den drei Gruppen, den Betriebsdelegierten, dem Gewerkschaftskartell und den Parteien, die Chance einer Mehrheit errechnete. Hier ging das Kalkül der MSPD zunächst nicht auf.

Doch die Entscheidung, das Bündnis mit den Organen des alten Machtreimes – Senat und Bürgerschaft – fortzusetzen, führte rascher zum Erfolg. SPD, Senat und Bürgerschaft in der alten Zusammensetzung entwickelten eine gemeinsame Strategie, um der reformistischen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehörte die Vereinbarung vom 18. November 1918 zwischen dem Senat und dem Arbeiter- und Soldatenrat, den Senat weiterhin mit der Wahrnehmung und Führung der Regierungsgeschäfte und der Leitung der Behörden »bis zur Wahl einer demokratisch gewählten Bürgerschaft« zu betrauen.⁴¹

Die scheinbare Kompromissbereitschaft der vier beteiligten Akteursgruppen von Sozialdemokratie, Gewerkschaften, USPD und der revolutionären Linken wurde durch

37 Alle Zitate vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 633.

38 Vgl. ebd., S. 633.

39 Vgl. ebd., S. 635.

40 »[...] gewählt wurde nach Betrieben und zwar in der Weise, daß auf Betriebe mit 20 bis 100 Beschäftigten 1 Delegierter, mit 100 bis 300 Beschäftigten 2 Delegierte und mit 300 bis 1000 Beschäftigten 3 Delegierte entfielen. Für jedes weitere tausend wollte ein Delegierter mehr gewählt werden. [...] Dieses Wahlsystem benachteiligte die Arbeiterschaft der Großbetriebe, vor allem der Werften, auf die die USPD bei Beginn der Novemberrevolution bereits einen starken Einfluß ausübte. Die SPD- und Gewerkschaftsführung hatte also durchaus Grund zur Annahme, daß aus den Wahlen eine klare Minderheit für die Anhänger ihrer Richtung hervorgehen würden.« Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 639.

41 Ebd., S. 654-655. Kursive Hervorhebung durch die Verf.

die nach außen getragene Einigkeit hinsichtlich der »neuen« demokratischen Verfassung demonstriert. Die »Stimmung an der Basis«⁴² wirkte als Katalysator. Die Arbeiterschaft war sich der Differenzierung und der unterschiedlichen Zielsetzungen ihrer Funktionäre weniger bewusst, die Erinnerung an die Auseinandersetzungen und die Spaltung der Parteien im Laufe des Weltkriegs schien zurückzutreten und der Begeisterung für das gemeinsame Ziel des Umsturzes Platz gemacht zu haben. Stürmisch wurde in der Menge »eine Beendigung des ›Bruderkampfes‹« und »ein Zusammengehen aller Parteirichtungen« begrüßt. »In diesem Verlangen kam zum Ausdruck, wie wenig die tieferen Ursachen der Parteispaltung ins Bewußtsein der breiten Massen der Arbeiterschaft gedrungen waren.«⁴³

2.4 Die Übernahme der Macht durch den AuSR: Feine Taktiken der Interessendivergenzen in den Wahlvorgängen zum Exekutivausschuss des AuSR am 11. November 1919

Die Ankündigungen zur Durchführung der Wahlen für die 600 Betriebsdelegierten fand am 8. November, am Wahltag selbst statt. Der Termin war so kurzfristig und schlecht kommuniziert, dass die Wahlen dem gewünschten Ablaufszenario der Mehrheitssozialdemokratie auch für die kleineren Betriebe nicht mehr angepasst werden konnten. Die Wahlen konzentrierten sich daher vornehmlich auf die großen Metall- und Werftbetriebe. Bereits am Tag darauf, am 9. November 1918 um 10 Uhr, traten die 600 Delegierten zur »konstituierenden Sitzung des Großen Arbeiterrates«⁴⁴ zusammen. Doch bevor die formalen Abläufe geklärt waren, vertagte sich der Rat wegen angeblicher »konterrevolutionärer« Truppenaufmärsche – vielleicht ein Echo auf die Ereignisse in Berlin – und trat erst wieder am folgenden Tag zusammen. Mit den überraschenden Ergebnissen der Wahl zum Exekutivausschuss und der Wahl des Vorsitzes des Arbeiterrates entstand eine Situation, mit der die MSPD nicht gerechnet hatte. In den hastig durchgeführten Wahlen zum Exekutivausschuss am 10. November 1918 kam es zu einer Zusammensetzung des AuSRs, die den Linksradikalen und der USPD die Mehrheit verschaffte. Dieses Ergebnis setzte sich auch in der ersten konstituierenden Sitzung der Exekutive des Arbeiterrates in den Wahlen des ersten Vorsitzenden des Präsidiums, des Linksradikalen Heinrich Laufenberg, am 11. November 1918 mit einem Stimmenverhältnis von 16 (Laufenberg) zu 14 (Grosse) durch. Bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden entfielen auf den Sozialdemokraten Berthold Grosse (1863-1927) 18 Stimmen, auf den Gegenkandidaten Paul Dittmann (USPD) 12 Stimmen. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder waren im Exekutivrat »wider Erwarten in eine Minderheitenposition gedrängt«.⁴⁵

42 Ebd., S. 637.

43 Alle Zitate vgl. ebd., S. 638.

44 Dieses und die folgenden Zitate ebd.

45 Das Exekutivkomité bzw. die Exekutive des Arbeiterrates bestand aus 30 Mitgliedern. 18 wurden aus der Gruppe der Betriebsdelegierten gewählt, 12 Vertreter stammten aus den drei Parteirichtungen und dem Gewerkschaftskartell. Karl Hense (1871-1946), Schoenberg, Hähnel, Louis Gruenwaldt (1856-1931), Berthold Grosse (1893-1927) und Herrmann Thomas/Altona (1865-1924) gehörten der MSPD bzw. dem Gewerkschaftskartell, Paul Dittmann, Ferdinand Kalweit (1885-1943) und Jacob Rieper der USPD und Laufenberg, Uhlig und Erna Halbe (1892-1983) den Linksradika-

Die Führungsposition Laufenberg resultierte aus der Opposition der Linksradi- kalen gegen die Burgfriedenspolitik der MSPD und der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Zusammenarbeit »mit Polizei- und Militärbehörden während des Krieges.« Als Verkörperung eines unbeugsamen Widerstandes gegen die Kooperation von Sozialde- mokratie und der »alten« Ordnung stand Laufenberg für die Alternative eines sozialisti- schen Weges jenseits des anpasserischen Reformismus der SPD. Zudem erzeugte sein Erscheinen eine hochemotionale Stimmung, als Kalweit (USPD) »eine vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlagnahmte Akte der Politischen Polizei vorlas, aus der eindeutig« Laufenberg Denunziant und die Vorgänge beim Generalkommando dokumentiert wa- ren.⁴⁶

len an. Das Präsidium bestand aus sieben Mitgliedern, drei aus den jeweiligen Parteirichtungen, ein Mitglied aus dem Gewerkschaftskartell und drei aus der Gruppe der Betriebsdelegierten. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 642. In den folgenden acht Tagen blieb die Abstimmung über die Gestaltung des politischen Machtwechsels und der gesellschaftlichen Ordnung zwischen einer sozialistischen oder demokratisch-parlamentarischen Variante offen. Dieser Schwebezustand zwischen der SPD-Lösung und der Vorstellung der Linken wurde durch die Überraschung der Stunde und die große Sympathie durch das Auftreten des gerade aus der Haft entlassenen Laufenberg begünstigt.

- 46 Die Denunziation war durch den »Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes Hamburg Wilhelm Koch« (geb.1874) aufgrund der Teilnahme Laufenberg am Streik von 1917 erfolgt. Laufenberg, der wegen Hochverrats verurteilt worden war, war gerade aus dem Zuchthaus entlassen worden. Die Zitate vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 640-641.

Tabelle 1: Verteilung der Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat nach den Wahlen vom 11. November 1918 und Anfang 1919

Die Mehrheitsverhältnisse im Arbeiterrat 1918					
Wahlen zum <i>Präsidium des Arbeiterrates</i> am 8.11.1918 nach Parteien und Gruppierungen (Gewerkschaftskartell und Betriebsdelegierte)					Gesamt
MSPD	USPD	Linksradikale (Laufenberg)	Gewerkschaftskartell (zugleich MSPD)	Betriebsdelegierte (zugleich USPD)	
1	1	1	1	3	7
Wahlen zum <i>Exekutivkomité des Arbeiterrates</i> am 11.11.1918					
MSPD	USPD	Linksradikale	Gewerkschaftskartell	Betriebsdelegierte	
Hense Schoenberg Haehnel Gruenwaldt	Dittmann Kalweit Rieper	Laufenberg Uhlig Erna Halbe	Grosse (MSPD) Thomas (MSPD)	davon: 3 MSPD 15 USPD	
4	3	3	2	18	30
+2 Kartell +3 Betriebsdel.	+15 Betriebsdel.	0			
9	18	3			30

Die Wahlen zum Soldatenrat (30 Mitglieder) fanden im Dez. 1918 und Jan. 1919 statt. Hier erhielt die MSPD eine so große Mehrheit, dass sie im Arbeiter- u. Soldatenrat die absolute Mehrheit erlangte.

Das Erscheinen Laufenbergs in der Wahlversammlung und der spontane Zwischenakt der Aktenveröffentlichung dürften zu jenen Ereignissen zählen, die nicht vorhersehbar waren und den Ausgang der Wahlen »zur Exekutive des Arbeiterrates zugunsten der linken Kräfte« mitentschieden haben.⁴⁷

Rein taktisch befanden sich hingegen die SPD und die Gewerkschaft als Mitglied des AR in einer Situation, in der das Gewicht der Stimmen der SPD im AR nicht der tatsächlichen Organisationskraft und der Masse der Organisierten entsprach. Die Minderheitenposition der MSPD im AuSR und ihr tatsächliches Organisationsgewicht standen nach dem 10. November 1918 in einem umgekehrten Verhältnis – konträr zur Situation der Linksradikalen und der USPD, die auf einer eher schmalen Mitgliedschaft und einer schwachen Manpower in der Partei, jedoch einer höheren Anzahl an Betriebsdelegierten beruhte.⁴⁸ Von diesem Verhältnis der Stärken und Schwächen konnte die MSPD profitieren, indem sie erfolgreich mehrgleisig fuhr, auch ihren Einfluss »in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbürokratie« in den Räteorganisationen et-

47 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 641; zum Verlauf vgl. auch Stalman (2013): Hamburger AuSR, S. 46-48.

48 Ebd., S. 642.

wa durch die Besetzung von »Schlüsselpositionen«, so in der »wichtigsten Kommission des Rates, der Sozialpolitischen Abteilung«, ausbauen konnte.⁴⁹

Darüber hinaus gelang es der SPD, bei den Wahlen zum erweiterten Exekutivkomité der Soldatenräte einen großen Wahlerfolg zu erringen. Dort ging ihre Taktik auf, indem sie im Vergleich zum AR Stimmenparität im Exekutivkomité durch die Anhebung auf ebenfalls 30 Mitglieder (wie im AR) durchsetzte und die neu hinzu gewonnenen Sitze mehrheitlich von Kandidaten der SPD und den Gewerkschaften besetzt wurden. Aus dieser Machtposition heraus errangen nun MSPD und Gewerkschaften die Mehrheit im gesamten AuSR, auch wenn mit der Herstellung der Parität im Exekutivausschuss des SR die Ungerechtigkeit in Kauf genommen wurde, dass »die Vertreter von etwa zehntausend Soldaten, die sich obendrein durch Demobilisierung verringerten, das gleiche Gewicht [erhielten] wie 30 Vertreter der über hunderttausendköpfigen Arbeiterschaft.«⁵⁰

Bei diesem Schachzug stützte sich die MSPD besonders auf die Delegiertenversammlungen »der Truppen der Garnison Groß-Hamburg, in der sich eine ganze Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsbeamten festgesetzt hatten«. Mit Hilfe des »jungen Reserveoffiziers Walter Lamp'l, der sich bei Ausbruch der Revolution der Mehrheitssozialdemokratie angeschlossen« hatte, konnte so die reformistische Position der SPD im SR zur Mehrheit gelangen. Die SPD besetzte im Folgenden eine weitere Schlüsselposition im Bereich der militärischen Macht, indem sie veranlasste, dass die »Befehlsgewalt Ende November 1918 im SR aus dem Dreißigerausschuss in den sog. »Siebener-Ausschuß« verlegt [wurde], der damit zu entscheidenden Instanz des Soldatenrats« unter der Kontrolle der MSPD wurde.«⁵¹

Einen ersten Kontakt mit den alten Eliten der Macht hatte eine Delegation des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates am 6. November aufgenommen. Die Begegnung zwischen AuSR und dem Senat war von einer situativen Stimmung geprägt, die seitens des Senates durch den Habitus der traditionellen patrizischen Machtelite zum Ausdruck gebracht wurde, auf der Seite der Revolutionäre noch von einer Unsicherheit in Bezug auf die neue Rolle und die eigene Position geprägt war.⁵² Im Übrigen war der Senat darauf bedacht, mit weiteren gewichtigen Akteuren des Hamburger Machtregimes in Verbindung zu treten. Als geeigneter Ansprechpartner bot sich die SPD an, die bereits als Fraktion in der alten Bürgerschaft vertreten war, und in der der Senat

49 Sie besetzten Schlüsselpositionen »in den vom Arbeiterrat eingerichteten Kommissionen«, so z. B. in der »Sozialpolitischen Abteilung«, wo sie mit einer Mehrheit von 4:2 auftraten – aufgrund der geringen Personaldecke der Linksradikalen und der USPD. »Da die sozialpolitische Abteilung Funktionen wahrnehmen sollte, die in die traditionellen Rechte der Gewerkschaften eingriffen, mußte die führende Beteiligung von Gewerkschaftsfunktionären ihre Arbeitsfähigkeit von vornherein in Frage stellen.« Ebd., S. 643; alle Zitate ebd.; vgl. auch Stalman (2013), S. 48–49.

50 Ullrich (1976), S. 645.

51 Zu den Vorgängen vgl. ebd., S. 644–645. Die Zitate ebd.

52 Nach Volker Ullrich erkannten die Senatoren Werner von Melle (1853–1937) und Carl Wilhelm Petersen (1866–1933) den Arbeiter- und Soldatenrat de facto an, »ohne damit freilich bereits eine Anerkennung der durch die Revolution geschaffenen und noch zu schaffenden neuen Machtverhältnisse zu verbinden.« Zum Zitat vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 647.

eine Partnerin zu finden glaubte, die »bald Einfluß auf die revolutionäre Bewegung erlangen würde« und mit der »zusammen wieder ›geordnete Verhältnisse‹ – was soviel wie Fortsetzung der Herrschaft des Bürgertums mit einem demokratisierten politischen Überbau hieß – hergestellt werden könnten.«⁵³ Der Senat hatte offensichtlich die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden, denn es gab keinerlei Initiative aus seinen Reihen, zügig die Transformation des alten Staatswesens in ein demokratisches System – etwa durch einen Senatsantrag auf »Einführung des allgemeinen Wahlrechts« – einzuleiten.⁵⁴ Erst nach der Etablierung der Exekutive des Arbeiterrates am 11. November und nach der Wahl des Präsidiums klärte Laufenberg die Situation, indem er die Übernahme der Staatsmacht durch den neuen Souverän, den »Arbeiter- und Soldatenrat« vollzog. Unter der Mitarbeit des juristischen Beraters Dr. Carl Herz (1877-1951) entstand die Erklärung, die am 12. November nach der Verabschiedung durch die Exekutive öffentlich bekannt wurde. Sie besagte: »Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik.«⁵⁵ Über diesen Beschluss kam es zu einem heftigen Richtungsstreit zwischen der Linken (Linksradikale und USPD) auf der einen und der SPD und dem Gewerkschaftskartell auf der anderen Seite. Ganz deutlich opponierten die Sozialdemokraten gegen das sozialistische Rätemodell. Sie plädierten für eine »Eingrenzung der Revolution auf die reformistisch-parlamentarische Ebene [...]«. Doch stimmte die Mehrheit der Exekutive für die Absetzung von Senat und Bürgerschaft:

Mit diesem Beschluß war der revolutionäre Akt der Staatsumwälzung formal vollzogen worden. Noch in der Nacht wurde die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats gedruckt und an Litfaßsäulen und Straßenecken angeschlagen. Am Morgen des 13. November wehte vom Rathaus die rote Fahne als äußeres Zeichen der Herrschaft [...] des ASR.⁵⁶

3. Der Streit: Rätemodell vs. formale Demokratie – Verschiebung der Kräfte

Im Verlauf der weiteren Entwicklung zeichneten sich erneut Verschiebungen in der Machtkonstellation in Hamburg ab. Die Veränderungen vollzogen sich in der Auseinandersetzung der »neuen« revolutionären Machthaber, des AuSR, der USPD und den Linksradikalen mit dem alten etablierten politischen Zentrum der Macht, Senat und Bürgerschaft in Hamburg und den bürgerlichen Eliten. Volker Ullrichs Darstellung liest sich als Nahaufnahme der Ereignisse, deren Tempo sich durch die dichte Beschreibung und die Kommentierung zu verlangsamen scheint, indem sie den verschiedenen Verwirbelungen des Konfliktes und den neuen Konfliktkonstellationen in ihren feineren

53 Alle Zitate vgl. ebd., S. 648.

54 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 648.

55 Ebd., S. 650. Vgl. dazu vertiefend den Beitrag von Christian Hanke in diesem Band, S. 171-190.

56 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 651.

Verästelungen in der Stadt Raum gibt. Die Grundlinien des Konfliktes ergeben sich aus der bald deutlich zu Tage tretenden Verschiedenheit der politischen Visionen beider Großgruppen, die sich in der Auseinandersetzung um das sozialistische Rätemodell vs. parlamentarische Demokratie zuspitzte. Der AR mit der Mehrheit seiner Mitglieder aus den beiden linken Gruppierungen agierte aus einer nachteiligen Position, die der geringen Organisationsdichte und dem vergleichsweise schmalen Reservoir an geschulten Expert:innen und Manpower geschuldet war, um den vielfachen Terminen in Konferenzen und Sitzungen nachzukommen. Ihr Fehlen machte sich in der Verwaltung der komplexen metropolitenen und diffizil gegliederten Stadtregierung und vor allem in den Behörden der »Staatsmaschinerie« bemerkbar. Vor die Aufgabe gestellt, schnell notwendige und drängende Fragen der Finanzierung und der Kreditierung des Staatshaushalts zu lösen, traf der AuSR eine schwerwiegende Entscheidung. Er einigte sich mit den Spitzen der Stadtregimes auf die Übertragung hoheitsrechtlicher Aufgaben an den Senat, welche mit der Übernahme der Finanzverwaltung verbunden waren.⁵⁷ Der AuSR behielt sich zwar die letztinstanzliche Entscheidung vor und beharrte somit auf seinem Anspruch, der tatsächliche »neue« Souverän zu sein. Der Senat wäre damit in seiner Funktion aufgrund der Absprache mit dem Rat seiner einstmaligen Souveränität beraubt und hätte aus dieser übertragenen Funktion nur qua Sachverstand und Verwaltungskompetenz seine Macht in Vertretung des AuSR ausgeübt. Dass sich in der Interpretation dieser Machtübertragung ganz unterschiedliche Auffassungen von Senat und Arbeiterrat gegenüberstanden, nimmt nicht wunder.⁵⁸

Gleichzeitig näherten sich Senat und Vertreter der Wirtschaft an die SPD an und unterstützten die Linie der SPD, die Transformation des politischen Systems auf die parlamentarische Republik auszurichten. Dieser Schritt wurde durch die »alte« Bürgerschaft mit einem entsprechenden Antrag an den Senat mitgetragen. Diese Machtverschiebung kündigte sich partiell in der Übertragung der Machtbefugnisse auf die Spitze der alten Exekutive durch die Verordnung des AR vom 18. November 1918 an, obwohl hier auch noch die Möglichkeit des Übergangs auf eine Räteregierung, wie sie Carl Herz anstrebte, gegeben waren.⁵⁹

Im November und Anfang Dezember 1918 verlagerten sich die Konflikte zwischen bürgerlichem Lager und MSPD auf der einen, den Linken (USPD und Linksradi-kalen) auf der anderen Seite auf die Diskussion um die zukünftige Gestaltung der neuen Staatsform, die sich mehr und mehr zu einem Konflikt zwischen Demokratie versus »bolschewistische Herrschaft« und mithin zu einem verbissenen ideologischen Streit entwickelte.⁶⁰ Die USPD spaltete sich im Laufe des Konflikts in zwei Lager, die Linke, die dem Rätemodell zugeneigt war, tendierte zu den Linksradi-kalen; einige schlossen sich auf dem Gründungskongress (vom 31. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919) der

57 Vgl. ebd.

58 Vgl. die ausführliche Diskussion beider Positionen ebd., S. 652-654; vgl. dazu auch Stalman (2013): S. 49-53.

59 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 654. Ausführlich ebd., S. 651-658. Vgl. in diesem Band Hanke, Christian: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 171-190.

60 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, ebd., S. 662.

neuen kommunistischen Partei an. Der Vorsitzende des AuSRs Laufenberg, der ebenfalls der kommunistischen Partei beigetreten war, versuchte zwischen beiden Lagern zu vermitteln, entwickelte jedoch »mit seiner Taktik des Ausgleichs und des Diplomatisierens«⁶¹ nicht die nötige Überzeugungskraft, da es ihm nach wie vor an einem soliden ausgebauten Parteiapparat »und fester kontinuierlicher Kontakte zu den Arbeitern in den Großbetrieben« fehlte.⁶² Die Spaltung in der Hamburger Arbeiterbewegung ließ sich nicht durch einen Kompromiss zwischen den beiden Lagern und den fragmentierten Gruppen aufheben; den »drei Fraktionen im Arbeiterrat« gelang es nicht, gegenüber dem Bündnis von Mehrheitsdemokratie und bürgerlicher Mitte durch eine solide Erweiterung ihrer Organisation und ihrer Anhängerschaft ihre Machtbasis auszubauen. Die Gemeinsamkeit mit den links sich orientierenden Parteien wurde offiziell von der Mehrheitssozialdemokratie und den Gewerkschaften Ende November aufgekündigt. Im bürgerlichen Lager kündigte sich ein Sammeln der eigenen politischen Kräfte durch die Konstituierung »demokratischer Volksparteien« an, wobei man sich formal das Organisationsmodell des Rates zur Vertretung der eigenen Interessen im sich neu konstituierenden Wirtschaftsrat zu eigen machte.⁶³

Der Putsch von rechts in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember 1918 in Hamburg führte in der Konsequenz zu einer weiteren Machtverschiebung innerhalb und zwischen den unterschiedlichen Lagern der Revolution, ebenso zu einer Radikalisierung der Feindbilder. Neue Fronten wurden auf den Flügeln sichtbar: Die Arbeitermassen demonstrieren »gegen die gegenrevolutionären Machenschaften des reaktionären Bürgertums.«⁶⁴ Noch war diese Sichtweise ein vorübergehendes Phänomen. Umgekehrt führten die Ereignisse um den Putsch und seine lasche Aufarbeitung seitens des AuSR zu einem weiteren Auseinanderdriften zwischen den Konfliktparteien im sozialistischen Lager, da die Situation von Laufenberg und dem AR nicht genutzt worden war, ordnungspolitische Autorität zur Geltung zu bringen.⁶⁵

Ein ganz entscheidender Rückschlag für das Fortbestehen des Arbeiter- und Soldatenrates war der Beschluss des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 19. Dezember 1918. Indem er sich dem Kurs der SPD anschloss und sich mehrheitlich für die Wahlen zur Nationalversammlung aussprach, die für den 19. Januar 1919 angesetzt waren, fühlte sich die SPD in ihrem reformistischen Kurs bestätigt. Damit setzte auch in Hamburg eine verstärkte Absetzbewegung der SPD von der Kooperation mit dem AuSR und dem Exekutiv Ausschuss ein. Deutlich kam dies in den Bestrebungen der SPD nach der Festlegung eines baldigen Termins für die Wahlen der

61 Ebd., S. 671.

62 Ebd.

63 Vgl. ebd., S. 676 u. S. 679. Vgl. auch die Rede des Präsidenten der Bürgerschaft, des Alldeutschen Schön, ebd., S. 679–680. Zum Wirtschaftsrat vgl. Meyer, Anna Lena: »Die Elite und die Revolution«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018), S. 126–139.

64 Vgl. ebd., S. 681.

65 Die Putschisten wurden weder einem ordentlichen »Gewahrsam noch einer Gerichtsverhandlung« zugeführt. So endete »aus untätigem Respekt vor der bürgerlichen Gesetzlichkeit als Komödie, was eine mächtige Aufrüttelung der Massen hätte werden können.« So der Kommentar eines Zeitgenossen, Rolf Lindau, damals der »Leiter der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates [...]«. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 684.

Legislative (Bürgerschaft) in Hamburg – gegen den Willen Laufenbergs – zum Ausdruck.⁶⁶

Der SPD gelang es darüber hinaus, ihre Position im Exekutivrat des SR entscheidend zu stärken, indem Lamp'l (1891-1933) am 27. Dezember 1918 zum Nachfolger des ausgeschiedenen Wilhelm Heise gewählt wurde:

Damit war der im November eingeleitete Prozeß der Umwandlung des Soldatenrates in ein Instrument sozialdemokratischer Politik in Hamburg abgeschlossen. [...] Seit Januar 1919 konnte sie [die SPD, Anm. d. Verf.] auch in Hamburg dazu übergehen, durch den Aufbau geheimer militärischer Bürgerkriegsverbände sich auf die gewaltsame Niederschlagung der Revolution vorzubereiten.⁶⁷

3.1 Zunehmende Polarisierung zwischen der reformistischen und der linkssozialistischen »neuen« Arbeiterbewegung in Hamburg im Januar 1919

Die Ereignisse in Berlin um die Niederschlagung der Volksmarinedivision Weihnachten 1918, der daraufhin erfolgte Austritt der Mitglieder der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten und die Umwandlung des Rates durch die Erweiterung um zwei Mitglieder der SPD in die nachfolgende »Reichsregierung« blieben nicht ohne Auswirkung auf die Konfliktparteien in Hamburg. Sichtbarer Anlass war der überraschende Aufruf des »Obersten Marinerats der Niederelbe« zu einer Protestkundgebung, »gegen die Blutherrschaft der Ebert-Scheidemann-Haase-Regierung« am 29. Dezember 1918.⁶⁸ In der Reaktion auf diesen Aufruf verschärfte sich die Polarisierung zwischen den beiden Blöcken der Arbeiterbewegung.

Die auf die Demonstration vom 29. Dezember 1918 antwortenden Protestdemonstrationen beider Lager zum 1. Januar 1919 unterstrichen in ihrer Zielrichtung, in der politischen Zuordnung ihrer Teilnehmer:innen und den jeweils getrennten Versammlungsorten die konfrontative Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten versammelten sich auf der Moorweide, die USPD und die Linksradikalen auf dem Heiligeistfeld. Die hohe Anzahl der Demonstrierenden auf der Seite der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften konnte auch Laufenberg, inzwischen Mitglied der kommunistischen Partei, nicht ignorieren, der erstmalig in der Öffentlichkeit »deutlich aus seiner Rolle als überparteilicher Mittler und Propagandist« heraustrat, indem er anmerkte: »Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist. Eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß.«⁶⁹ Die nun eingetretene Polarisierung führte das Ende der »Zusammenarbeit der Fraktionen im Arbeiterrat« herbei. In der Folge wandte sich Laufenberg der stärkeren Festigung seiner Position in seiner Partei zu; umgekehrt

66 Ebd., S. 684-685.

67 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, ebd., S. 685-686.

68 Ebd., S. 687; zum »Obersten Rat der Niederelbe«, über den noch zu wenig bekannt ist vgl. in diesem Band Pelc, Ortwin: »Die Revolution im Großraum Hamburg«, S. 230. Zu den Vorgängen in Berlin vom Rätekongress bis zum Austritt der USPD aus der Revolutionsregierung und den Januarkämpfen 1919 vgl. Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen (Band 2), S. 588-654.

69 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 689.

trugen die Sozialdemokraten dazu bei, das »Feindbild« Laufenberg aufzubauen »und sein unter sozialdemokratischen Arbeitern immer noch großes Ansehen zu demontieren.«⁷⁰

Die nächste große Zerreißprobe zwischen den beiden Lagern in Hamburg fand in den darauffolgenden Wochen vor dem Hintergrund der Januarkämpfe in Berlin statt. In Hamburg war es der entscheidende Machtkampf zwischen den freien Gewerkschaften und den auf den Werften gebildeten und erfolgreich tätigen Arbeiterräten, ein verschobener Kampf um das revolutionäre Rätemodell gegen das reformistische Modell, das einen Interessenausgleich in der Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden nach dem Stinnes-Legien-Abkommen vorsah.⁷¹ Es ging dem Hamburger Gewerkschaftskartell auch darum, die Sympathielinien zwischen »der Hamburger Arbeiterschaft« und den Kämpfenden in Berlin zu durchschneiden.⁷² Die Konflikte zwischen den Anhängern der Arbeiterräte auf den Werften und den Anhängern der traditionellen Gewerkschaftspolitik spitzten sich seit dem 5. Januar zu einem Grundsatzkonflikt zwischen den »revolutionären Obleute[n] der Arbeiterschaft Hamburgs und Umgebung« und den Gewerkschaftsführern, die im Januar 1919 »mit den Werftunternehmen [...] über einen Abbau der Löhne und eine Wiedereinführung der Akkordarbeit verhandelten«, zu.⁷³

Mit der Ausrufung eines Generalstreiks am 9. Januar 1919 in Hamburg eskalierte die Situation. Über die Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die Streikenden kam es zu einer Einbindung der beiden großen Lager der Arbeiterbewegung in einen heftigen Streit, der auf die Grundsatzfrage von »Rätesystem und Gewerkschaften« zulief. Noch einmal trug der AR den Sieg davon, indem es zu einer Resolution in der Sondersitzung der Exekutive des AuSR zugunsten der Streikenden kam. Mit »29 gegen 26 Stimmen« wurde der »Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske« verlangt. Ebenso wurde ein Beschluss zugunsten des Ausbaus des Rätesystems in den Betrieben gefasst, eine klare Gegenposition zu MSPD und Gewerkschaften.⁷⁴ Am 11. Januar 1919 kam es daraufhin zur größten von der SPD einberufenen Massenveranstaltung in Hamburg, der zuvor heftige Auseinandersetzungen um Laufenberg und seine Befugnisse zur Schließung des Gewerkschaftshauses und Beschlagnahme des »Hamburger Echos« vorausgegangen waren.⁷⁵ Einen Höhepunkt bildeten die Verhaftung Laufenbergs durch die neu zusammengestellten Sicherheitsmannschaften am 10. Januar 1919 »in seinem Ar-

70 Ebd., S. 690.

71 Vgl. ebd., S. 691.

72 Die Arbeiterschaft auf den Hamburger Werften hatte als bedeutende Kraft den Ausbruch der Revolution und den Umsturz in Hamburg mitgetragen. Diese Revolution, die von den Gewerkschaften weder gewollt noch unterstützt wurde, hatte die seitens der Kollegen gewählten und anerkannten Arbeiterräte auf den Werften hervorgebracht, die nun den der offiziellen Gewerkschaftspolitik im Wege waren. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 691.

73 Ebd., S. 690.

74 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 694.

75 Ebd., S. 695.

beitszimmer« im Rathaus, sein Verhör und seine Verschleppung ins Stadthaus, »wo er anscheinend abgeurteilt werden sollte.«⁷⁶

Die von der SPD und den Gewerkschaftsverbänden veranstalteten Massendemonstrationen in Hamburg am 11. Januar 1919 leiteten die Wende der Auseinandersetzung zwischen den beiden verfeindeten Gruppen ein. Ziel der SPD war es, den AuSR zum Rücktritt zu bewegen und »den Weg für eine Neuzusammensetzung im Sinne der Mehrheitsdemokratie frei zu machen.«⁷⁷ Neu waren die Mittel der Radikalisierung sowohl in der Sprache, die den Gegner diffamierte, als auch durch die Verbreitung des Gerüchts angeblicher spartakistischer Putschversuche, durch die ein Klima der gezielten öffentlichen Verunsicherung erzeugt wurde.⁷⁸ Am 20. Januar, einen Tag nach den Wahlen zur Nationalversammlung, traten Laufenberg und Herz zurück.⁷⁹ Zum Nachfolger als Vorsitzender des AuSR wurde Karl Hense (1871-1946) gewählt. Damit hatte die SPD die politische Macht in Hamburg übernommen.

3.2 Das Ende des Räteregimes in Hamburg

Mit der Übernahme der Mehrheit im Exekutivrat des AuSRs war die Abwicklung des Räteregimes in Hamburg eingeleitet und die weiteren Schritte der SPD zur stärksten und damit entscheidenden Kraft in der politischen Arena galten denn auch konsequent der »Liquidierung des Räteregimes.«⁸⁰ Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse entfiel auch für die bürgerlichen Akteure in Hamburg die Notwendigkeit der Kooperation mit dem AR; das galt für die Behörden ebenso wie für das Unternehmertum, das immer weniger geneigt war, die wesentlichen Entscheidungen zur Arbeits- und Sozialpolitik in der sozialpolitischen Abteilung des Arbeiterrates zu verhandeln.⁸¹ Auch auf Reichsebene wurde der AR als Dialogpartner marginalisiert. Die Reichsregierung Ebert-Scheidemann lud nun zur Beratung an dem Verfassungsentwurf als Vertreter Hamburgs ausgerechnet Senator Bruno Louis Schaefer (1850-1945) nach Berlin ein, aus dessen Feder 1905 der Entwurf des berüchtigten Wahlgesetzes für Hamburg – das in der Hamburger Arbeiterbewegung unter »Wahlrechtsraub« bekannt wurde – stammte.⁸² Carl Herz kritisierte diese stille Aberkennung der Macht des AuSR in der Sitzung

76 Vgl. die ausführlichen Schilderungen bei Ullrich, S. 694-699. »Zwar mußte Laufenberg auf den Druck der einzelnen Solidarisierungsbewegung in der Werftarbeiterschaft nach einigen Stunden wieder freigelassen werden, doch war der linken Führung des Arbeiterrates mit seiner Verhaftung ein schwerer Schlag versetzt worden.« Vgl. ebd., S. 696.

77 Ebd., S. 696.

78 Ebd., S. 698.

79 Zum Ergebnis der Wahlen vgl. ebd., S. 699. Vgl. in diesem Band Omland, Frank: »Wie wählen wir am besten?«, Tabelle 1, S. 272.

80 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 700 u. S. 702.

81 Ebd., S. 700.

82 Der erste Entwurf wurde am 24.12.1905 veröffentlicht. Zu dem Beratungstermin am 17. Januar 1906 in der Bürgerschaft rief die SPD zu Demonstrationen am Nachmittag auf. Aus den Demonstrationen, an denen sich mehrere 10.000 Menschen beteiligten, erwuchsen in der Nacht zum 18.1. die Schoppenstehlkrawalle, der Zusammenstoß von empörten und wütenden Demonstranten mit bewaffneten Polizeitruppen. Vgl. Evans, Richard J.: »Wahlrechtsraub, Massenstreik und Schoppenstehlkrawall. Der Kampf gegen die Wahlrechtsverschlechterung 1905-06«, in: Berlin,

des Exekutivrates vom 31. Januar 1919, fand jedoch kein Echo bei der SPD, kam diese Entscheidung der Reichsregierung »doch ihren eigenen, auf den Abbau der politischen Stellung des Rates gerichteten Intentionen entgegen.«⁸³

Sehr deutlich wurde der Dissens zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung in den vorgelegten Entwürfen zur neuen politischen Verfassung des Hamburgischen Staatswesens, die in den Sitzungen vom 31. Januar und 8. Februar 1919 im Exekutivausschuss diskutiert wurden. Der von Carl Herz vorgelegte Wahlrechtsentwurf hielt am Prinzip der Souveränität des Arbeiter- und Soldatenrates fest. Der Senat sollte hier als leitende Verwaltungsbehörde unter dem neuen Namen »Rat der Volkskommissare« unterhalb der Machtebene des AuSR agieren, während der Bürgerschaft die Funktion einer ausführenden kommunalen Verwaltungsbehörde zugedacht war. Ihre legislative Kraft blieb eingeschränkt; auch wenn sie die Verfassung ausarbeiten sollte, behielt sich der Arbeiter- und Soldatenrat die letzte Entscheidung über die Gesetzgebung vor.⁸⁴ Im Gegensatz dazu orientierte sich der Entwurf einer »Wahlverordnung« des SPD-Mitgliedes Georg Blume (1849-1921) an den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie mit der klassischen Aufteilung der Aufgaben von Parlament (Bürgerschaft) und Exekutive (Senat). Die Aufgaben der neuen Bürgerschaft umfassten nach § 1 dieser Wahlverordnung »außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung und Beschlußfassung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze [...]«⁸⁵ Mit dem Augenblick der Wahl zur Legislative sei das Regime des Arbeiter- und Soldatenrates beendet. Die Vorlage wurde in der Sitzung des Exekutivausschusses mit 26:12 Stimmen angenommen »und von einer am 11. Februar einberufenen kombinierten Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates gebilligt.«⁸⁶

Auch die vorübergehende Solidarisierung der Fraktionen der Hamburger Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zur Unterstützung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates während der Niederschlagung durch die Division Gerstenberg brachte für die verfestigten Positionen der MSPD auf der einen und der Linken (USPD/Kommunisten/Linksradikale) auf der anderen Seite keine Veränderung.⁸⁷ Nachdem die Bremer Räteregierung besiegt war, distanzierte sich die Hamburger SPD von der »Aktionsgemeinschaft mit den Unabhängigen und Kommunisten« und sprach der Reichsregierung ihre Loyalität aus.⁸⁸ Am 7. Februar 1919 unterstützte der Soldatenrat unter der Leitung von

Jörg: Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 162-189, hier S. 174-175.

83 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 701. Vgl. w.u. Hanke: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 170; zur Sitzung vom 31.1.1919 vgl. die Auszüge aus dem Protokoll bei Stalman, Arbeiter- und Soldatenrat (2013), S. S. 709-718; zur Diskussion vom 8.2.1919 vgl. ebd., S. 865-882.

84 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 702.

85 Ebd., S. 703.

86 Ebd.

87 Vgl. ebd., S. 705.

88 Zur Niederschlagung der Räterepublik in Bremen vgl. Brinkhus, Jörn: »Novemberrevolution – Räterepublik – Stacheldrahtostern. Die Revolution 1918/19 in Bremen«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 57-69, hier S. 65-68.

Lamp'l in der Vollversammlung des stellvertretenden IX. Armeekorps mit seiner Resolution nach sofortiger Wiederherstellung »geordneter Verhältnisse« die Reichsregierung und ihre Politik der Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie.⁸⁹

Die Tage bis zum Ende des AuSR, das mit der Bekanntgabe der Notverfassung durch die am 16. März 1919 gewählte Bürgerschaft in ihrer 2. Sitzung am 26. März 1919 erfolgte, beschreibt Heinrich Laufenberg als »eine peinliche Agonie«.⁹⁰ Mit der Erklärung von Karl Hense (1871-1946) in dieser Sitzung, wonach der AuSR »seine politische Macht, die er auf Grund der Revolution ausgeübt hat, in die Hände der Bürgerschaft« zurücklegte, war seine Auflösung wirksam. In »aller Stille« wurde auch die rote Fahne vom Rathaus entfernt.⁹¹

4. Fazit

Folgen wir der Darstellung von Volker Ullrich zur weiteren politischen Machtentwicklung, so lässt sich die Verschiebung der Macht zugunsten der SPD als Folge der Wahlen, der Koalitionsentscheidung und bestimmter Politiken des Verschleierns und des Verzögerens beobachten. Die SPD entwickelte ein neues Aktionsprofil, das sich stärker auf die bürgerlichen Parteien zubewegte. Diese Verschiebungen zeigt Volker Ullrich auf, indem er die praktizierte Politik der Regierungspartei mit ihrem Wahlprogramm vergleicht und auf Inkompatibilitäten hinweist. Die beobachtete Neuausrichtung der Partei erscheint als verstärkte Anpassung der SPD-Politik an das bürgerliche Lager. Deutliche Anzeichen waren erstens der Beschluss der SPD, trotz der in den Wahlen errungenen absoluten Mehrheit in Hamburg in eine Regierungskoalition mit den Liberalen einzutreten⁹² und zweitens der Beschluss, die Hälfte der Senatsmitglieder des Ancien Regimes im Senat zu belassen. Damit wurde die Umwandlung des Senates in eine demokratische gewählte Körperschaft verhindert. Außerdem blieben wichtige Ressorts – so das Wirtschafts- und Finanzressort – in den Händen der »alten Eliten«; dies traf auch für das Amt des Ersten Bürgermeisters zu, in dem Werner von Melle belassen blieb.⁹³

Die »politischen Implikationen« einer solchen Politik bringen, so die These Volker Ullrichs, eine Haltung der SPD zum Ausdruck, »die auf Anpassung an die Interessenlage der vorrevolutionären gesellschaftlichen Führungsgruppen« ausgerichtet gewesen sei. Zu den weiteren Merkmalen dieser Politik gehörten die ausgebliebene »Demokratisierung der Verwaltung«⁹⁴, die zu den »Kernforderungen der alten Sozialdemokratie« gehörte, ebenso eine große Zurückhaltung »in der Frage der Sozialisierung«, in der nicht einmal der Spielraum genutzt wurde, den die abgeschwächte Fassung des

89 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 709.

90 Ebd., S. 705.

91 Ebd., S. 706.

92 Zu den Wahlen 1919 in Hamburg und ihren Ergebnissen vgl. in diesem Band Frank Omland: »Wie wählen wir am besten?«, S. 251-290.

93 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 708.

94 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 708.

»am 13. März 1919 von der Nationalversammlung beschlossenen Sozialisierungsrahmengesetz[es]« eingeräumt habe.⁹⁵ Der am 26. März 1919 neugewählte Große Arbeiterrat mochte in der Namensgebung noch an den Arbeiterrat der Revolution vom 5. November 1918 erinnern, in Wirklichkeit war er mit den nun »sehr beschränkten Kompetenzen« zu einem »wirtschaftlichen Interessenorgan« herabgestuft.⁹⁶

Die so zu beobachtende Orientierung der SPD hin zur liberalen bürgerlichen Mitte interpretiert Volker Ullrich als »Ausdruck ihrer veränderten objektiven politisch-sozialen Funktion als Träger und Stabilisator der bestehenden Gesellschaftsordnung, mit der der vor 1914 eingeleitete Prozeß der Transformation des sozialdemokratischen Reformismus zu einem integralen Bestandteil des bürgerlichen Staates seinen Abschluß fand.«⁹⁷ Lotta Mayer würde hier eine andere Interpretation vornehmen, wonach das Ergebnis als Prozess von Verschiebungen, Verlusten und Gewinnen von Machtpotentialen aufgrund dynamisch sich verändernder Konfliktlagen anzusehen ist. Diese Verschiebungen lassen sich im Zusammenhang mit drei Ereignisketten festhalten: 1. als Ergebnis der Konterrevolution in Hamburg im Dezember 1918, 2. als Folge des Beschlusses des Allgemeinen Rätekongresses in Berlin, allgemeine Wahlen zur Bildung der Nationalversammlung abzuhalten und im Zuge dessen die Zuspitzung zwischen zwei ordnungspolitischen Modellen, vertreten durch die Volksmarinedivision in Berlin (Weihnachtsunruhen) und die Reichsregierung erfolgte und schließlich 3. als Ausdruck der seit Januar 1919 einsetzende Polarisierung zwischen der kommunistischen radikalen Linken und der USPD einerseits, der SPD andererseits.

In seinem Ausblick auf die Situation nach der Etablierung der parlamentarischen Republik in Hamburg seit dem Frühjahr/Sommer 1919 weist Volker Ullrich auf die neuen Tiefenstrukturen der politischen Lager in Hamburg hin: Es vertiefte sich die Bruchlinie zwischen der MSPD und der radikalen Linken, aber auch zwischen MSPD und dem rechten bürgerlichen Lager. Dies kündigte sich durch Entwicklungen am extremen rechten Rand an, während es in der Mitte weiterhin noch Kooperationen mit den Liberalen gab. Hier bestand die Gefahr für die MSPD, aus machtsstrategischen Gründen die feinen Unterschiede zwischen der »gemeinsamen Frontstellung gegen links« und der »Toleranz gegenüber der sich formierenden antirepublikanischen Rechten« zu übersehen.⁹⁸ Im interaktionistischen Ansatz ist dieses Zusammengehen durch das Eingehen situativer Zweckbündnisse zwischen zwei Lagern aus strategischen Gründen durchaus vorstellbar. Auch die Frage der zukünftigen Rolle der neu zu gestaltenden Armee in einem demokratischen Staat barg angesichts der Zersplitterung der militariisierten Ordnung (Aufbau gegenrevolutionärer Truppen, die Bildung von Freiwilligen- oder Freikorps-Verbänden, die Re/organisation der Reichswehrtruppen) und der Unru-

95 Ebd., S. 709.

96 Dennoch sind die Wahlergebnisse sehr aussagekräftig hinsichtlich der sich ausdifferenzierenden Strukturen der Wählerschaft, zu der auch Angestellte und Beamte gehörten. Von den 400 Mandaten »entfielen auf die SPD 239, auf die Unabhängigen 37, und auf die Kommunisten 25.« Ebd., S. 706f. Zu den Wahlergebnissen der Bürgerschaftswahl vom 16.3.1919 in Hamurg vgl. in diesem Band Omland, Frank, : »Wie wähle«n wir am besten?«, S. 272, Tabelle 2.

97 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 710.

98 Die Zitate ebd., S. 711.

he der sich im extremen linken und rechten Spektrum formierenden »unrest groups« Anlass für neue Verwerfungen.⁹⁹

99 Ebd., S. 713.

